



DER ERSTE SCHRITT ZUM ATOMAUSSTIEG

25 Jahre Baustopp
WAA Wackersdorf

DER FREI STAAT

Schriftenreihe

„Der Freistaat“ ist eine Schriftenreihe der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag. Die Serie beleuchtet historische, gegenwärtige und zukünftige gesellschaftspolitische Themenfelder und vermittelt Positionen aus Politik, Kultur und Wissenschaft.

| BayernSPD-Landtagsfraktionschef Markus Rinderspacher betrachtet Protestbanner, die heute im Haus der Bayerischen Geschichte aufbewahrt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir würdigen mit dieser Sonderschrift den erfolgreichen Widerstand gegen die WAA Wackersdorf von Bürgerinnen und Bürgern vor allem aus der Oberpfalz, aber auch darüber hinaus aus ganz Bayern, aus Deutschland und sogar aus Österreich. Sie kamen aus allen gesellschaftlichen Bereichen und vereinigten sich im Kampf gegen den Atomstaat und für die Bewahrung unserer Heimat: Männer und Frauen aus allen Generationen, Mitglieder von Parteien, von Kirchen, von Umwelt- und Naturschutzgruppen sowie von Studenten- und Schülervereinigungen. Die rote Sonne auf gelbem Grund als Symbol des Widerstandes gehört fest zur Geschichte dieses Landstrichs. Sie soll uns immer Mahnung sein und Ansporn für die Gestaltung einer atomfreien Zukunft.

25 Jahre nach dem Baustopp an der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf halten wir es für richtig und notwendig, an die Ereignisse von damals zu erinnern. Und jenen Wiedergutmachung zuteilwerden zu lassen, die sich damals als Staatsfeinde, Chaoten, Kommunisten, als Anarchisten und Spinner haben diffamieren lassen müssen, obwohl sie lediglich dafür eingetreten sind, auf friedvollem Wege ihre Heimat zu schützen. Sie haben Mut und Bürgersinn bewiesen und ihren Beitrag geleistet, unser Land vor dem Schlimmsten zu bewahren. Ihnen gilt unser Respekt und unsere Hochachtung und unser ausdrücklicher Dank.

Markus Rinderspacher, MdL
Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion



Inhalt

- 3 Editorial**
Markus Rinderspacher, MdL
Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion
- 6 „Wir bleiben dran!“**
Markus Rinderspacher, MdL
Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion
- 18 „Aus der Wut wurde aber nicht Ohnmacht, sondern Kampf“**
Franz Schindler, MdL
Verfassungs- und rechtspolitischer Sprecher der BayernSPD-Landtagsfraktion
- 28 Das Lehrstück WAA. Hans Schuierer erinnert an das „Aus“**
Hans-Peter Kastenhuber
Artikel aus den „Nürnberger Nachrichten“ vom 13.06.2009
- 34 „Mir san die Chaoten“ – Der Widerstand in Wackersdorf**
Bernd Siegler
Artikel aus der „taz“ vom 31.05.1989
- 46 Acht Jahre WAA Wackersdorf: Eine politische Zäsur**
Natascha Kohnen, MdL
Energiepolitische Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion
und Ingrid Pflug, Politikwissenschaftlerin
- 64 Ein weiter Weg: Vom Desaster Wackersdorf bis zur
Energiewende nach Fukushima**
Harry Scheuenstuhl, MdL
Umweltpolitischer Sprecher der BayernSPD-Landtagsfraktion
- 73 Nachruf**
Wir gedenken Erna Sielka, Alois Sonnleitner und Johann Hirschinger

„WIR BLEIBEN DRAN!“

Markus Rinderspacher, MdL
Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion

Rede vom 30. Mai 2014 anlässlich der
Gedenkveranstaltung „25 Jahre Baustopp WAA“
in Schwandorf

Vor einem Vierteljahrhundert verfügten die Behörden den Baustopp für die WAA. Dies war das offizielle „Aus“ für eines der umstrittensten und größtenwahnsinnigsten Atomprojekte der Bundesrepublik.

„Stoppt den WAAhnsinn, WAA niemals“ schallte als Schlachtruf aus den Oberpfälzer Wäldern, so laut, dass auch in München jeder hören konnte, was Sache war. Eine „strahlende Zukunft“ wurde den Oberpfälzern von dort verheißen. Doch sehr schnell durchschauten sie den faulen Zauber. Unter der roten Sonne auf gelbem Grund, Symbol der Anti-AKW-Bewegung, war ganz Ostbayern im Widerstand gegen die Atomfabrik vereint. Wackersdorf, die 5.000-Einwohner-Gemeinde bei Schwandorf wurde zum Synonym für die Gefahren der Atomtechnik, aber auch zum Symbol des Widerstands gegen den Atomstaat. Die Oberpfalz war damals Schauplatz eines der heftigsten Konflikte zwischen Staatsmacht und Zivilgesellschaft. Ein ganzer Landstrich glich zeitweise einem Heerlager aus Polizei und Bundesgrenzschutz. Heute erinnert in Wackersdorf so gut wie nichts mehr an die geplante WAA. Wackersdorf ist

wieder ein attraktiver Ort, mitten im Grünen, ein Teil der Urlaubsregion Oberpfälzer Seenland im Herzen Ostbayerns.

Die WAA, das war ein Angriff auf unsere Heimat. Sie spaltete ein ganzes Land.

Ein Wahnsinnsprojekt mit unvorstellbaren Dimensionen. 5 Milliarden Euro an veranschlagten Kosten, 800.000 gefälltte Bäume, 130 Hektar gerodetes Gelände, was einer Fläche von 186 Fußballfeldern entspricht, mitten im Taxöldener Forst, einer bis dahin idyllischen Waldlandschaft. Das Baugelände geschützt wie ein Hochsicherheitstrakt mit einem 4 Meter hohen Betonwall, über 4,8 Kilometer lang, ein Stahlgitterzaun bewehrt mit spanischen Reitern, Stacheldrahtrollen und Überwachungskameras. Die gesamte Baustelle eine Festung. So gut gesichert ist nicht einmal Fort Knox.





| Errichtung eines Kreuzes am „Platz des Gorbener Gebets“ vor der Baustelle des vorgesehenen Endlagers am 27. Mai 1988. Der Kreuzweg von Wackersdorf nach Gorbener fand vom 27. März bis zum 29. Mai 1988 statt.



881.000 Einwendungen gegen die WAA, 23 Millionen verteilte Flugblätter des Protests. Rund 1,2 Milliarden Euro wurden sinnlos in den Oberpfälzer Sand gesetzt. Milliardenbeträge verpulvert für Rodung, Bauzaun, Baugruben, die Eingangshalle für die Brennstäbe, erdbebensicher, als einziges Gebäude fertig gebaut. Bereits der Sicherheitszaun, der an ein Straflager erinnerte, verschlang die Summe von 7,5 Millionen Euro. Noch gar nicht einkalkuliert die enormen Kosten der Polizeieinsätze rund um das Baugelände und bei den bayernweiten Demonstrationen. Allein im Jahr 1986 erhöhten sich die im bayerischen Staatshaushalt veranschlagten Ausgaben für überörtliche Polizeieinsätze von 1,25 Millionen auf 25,3 Millionen Euro.

Die Proteste gegen die geplante Atomfabrik zogen sich durch die gesamten 80er-Jahre. Zehn Jahre Widerstand – davon dreieinhalb Jahre intensive Auseinandersetzung am Bauzaun – zwischen zwei ungleichen Gegnern.

David gegen Goliath. Hier die Anti-AKW-Bewegung, dort die geballte Staatsmacht mit der Atomlobby vereint. Der WAAhnsinn sollte über Jahre andauern und einer ganzen Region den Ausnahmezustand bescheren.

Die Ängste der Menschen vor der Atomfabrik waren seit Harrisburg 1979 und spätestens seit Tschernobyl 1986 mehr als real. Über einen riesigen Kamin sollte die kontaminierte Abluft in die Atmosphäre entweichen. Es drohten die Verseuchung des Grundwassers, Unfälle beim Transport der Brennstäbe, wiederaufbereitetes hochgiftiges und atomwaffenfähiges Plutonium, es drohte ein GAU in der Anlage selbst, und die im Wiederaufarbeitungsprozess anfallenden radioaktiven Abwässer sollten tatsächlich einfach über die Naab entsorgt werden und das im Bereich des größten Trinkwasserreservoirs der Oberpfalz, der Bodenwöhrer Senke. Radioaktives Jod und Strontium wären in die Nahrungskette gelangt. Erhöhte

Krebsraten in der einheimischen Bevölkerung, wie sie auch in der Umgebung von La Hague und Sellafield, den französischen und englischen Wiederaufbereitungsanlagen, festgestellt wurden, wären wohl die Folge gewesen.

Gewiss, die WAA sollte Wackersdorf und den umliegenden Gemeinden Gewerbesteuer-einnahmen in Millionenhöhe bringen. Für die strukturschwache Region verlockende Aussichten. Die mittlere Oberpfalz litt damals nach Schließung des Braunkohle-tagebaus unter hoher Arbeitslosigkeit, die Quote lag im Arbeitsamtsbezirk Schwandorf bei 19,1 Prozent, auch die Maxhütte durchlief 1987 ihren ersten Konkurs. Und nun sollten über 1.000 neue Arbeitsplätze durch die Atomfabrik auf einen Schlag entstehen. Doch für die entlassenen Kohlekumpel und Stahlwerker war das trotzdem keine gute Alternative. Ihr Motto lautete „Maxhütte JA, WAA NEIN!“. Sie widersetzten sich dem Aus-

verkauf ihrer Heimat. Auf dem Höhepunkt der Proteste gegen die WAA war eine deutliche Mehrheit der Oberpfälzer gegen die Atomfabrik.

Für Franz Josef Strauß war „die WAA so sicher wie eine Fahrradspeichenfabrik“. In einer Regierungserklärung sprach Strauß im November 1982 von „verantwortungslosen Demagogen“, die „irrationale Ängste“ gegen die WAA schürten. Das Feindbild von der fünften Kolonne Moskaus wurde bedient. Die Protestler seien von weit her ange-reiste Chaoten aus dem linksextremistischen Lager. Für Strauß waren die Demonstranten von kommunistischen und anarchistischen Gruppen unterwandert. Immer wieder stellte er die WAA-Gegner in eine Reihe mit RAF-Terroristen. Die CSU übte sich in Schwarz-Weiß-Malerei, „ihr die Bösen, wir die Guten“. Doch die Staatsmacht hatte sich mit dem WAA-Standort Wackersdorf vom ersten Tage an verkalkuliert. Sie ging davon aus,



| Trotz Demonstrationsverbot versammelten sich nach Pfingsten 1986 mehr als 30.000 Menschen am Bauzaun.

die Oberpfälzer würden schon stillhalten, niemals aufbegehren. Strauß erwartete, die Standortentscheidung für die Oberpfalz würde – Originalzitat – eine „rasche und ungestörte Realisierung des Projekts garantieren“. Welch Fehleinschätzung, auch von Leuten wie August Lang, selbst aus der Oberpfalz kommend, damals bayerischer Innenminister und damit verantwortlich für die Polizeieinsätze. Die kreuzbraven Oberpfälzer wagten tatsächlich den Aufstand. Sämtliche Einschüchterungsversuche verfielen nicht.

Die Ablehnung der WAA, der offene Widerstand reichte bis tief in sogenannte bürgerliche Kreise. Den Menschen ging es um ihre Heimat. Sie fürchteten nicht nur um ihr ei-

genes Wohlergehen, sondern auch um die Gesundheit ihrer Kinder und Kindeskinde. Vom Facharbeiter bis zum Studienrat, von der Hausfrau bis zum Schüler, sie alle waren friedlich vereint im Protest gegen dieses Monstrum mit drei Buchstaben: WAA. Der gewaltfreie Widerstand war geprägt von regelmäßigen Sonntagsspaziergängen am Bauzaun, Menschenketten wurden gebildet, bayernweit etliche Kundgebungen abgehalten. Bereits im Oktober 1981 formierte sich die erste Bürgerinitiative. Viele weitere sollten folgen. Die erste Großdemonstration fand im Februar 1982 mit 15.000 Teilnehmern statt.

Mit im Boot der Anti-AKW-Bewegung: große Naturschutzverbände wie der Bund

„Man
versuchte
mich auch
psychisch
fertig-
zumachen.
Das zeigt die
Brutalität
dieser
politischen
Führung.“

- Hans Schuierer

Naturschutz, viele kirchliche Gruppen, Gewerkschafter, Jugendverbände, Schülerinitiativen. Und es gab eine gemeinsame kulturelle Avantgarde gegen die WAA. Musiker, Künstler, Kabarettisten, Literaten machten auf kreative Art mächtig Front gegen den WAAhnsinn. Ein lautstarkes Zeichen setzten bekannte Bands und Interpreten wie die Biermösl Blosn, die Toten Hosen und Haindling beim Anti-WAAhnsinns-Festival in Burglengenfeld im Juni 1986 vor über 100.000 Besuchern. Die einheimische Bevölkerung, sie stellte sich gegen die WAA.

Mutige Männer und Frauen der Kirche unterstützten ebenso aktiv den Protest. Erinnert sei an den katholischen Pfarrer von Pentling, Richard Salzl. Genauso engagiert der Pfarrer von Nittenau, Leo Feichtmeier. Als Religionslehrer wurde Herr Feichtmeier wegen seines Engagements gegen die WAA vom Kultusministerium mit einem Disziplinarverfahren belegt.

Am Franziskusmarterl in der Nähe des Bauzauns versammelten sich ab Mitte der 80er-Jahre jeden Sonntag gläubige Christen zum ökumenischen Gottesdienst. Strauß äußerte sich verächtlich über diese christliche Form des Widerstands: „Die Demonstranten besorgen dort nicht das Werk Gottes, sondern des Teufels.“ Noch heute ist die Marterlgemeinde dankenswerterweise aktiv. Enorme Unterstützung gab es aus unserem Nachbarland Österreich. Mit dem Bundesland Salzburg schloss sich eine ganze Region dem Widerstand an.

Beistand erhielten die Demonstranten vom ersten Tag an vonseiten der Opposition im Bayerischen Landtag. Am 13. Oktober 1983 bestimmte die WAA erstmals die Debatte im Landtag. SPD-Landtagsabgeordnete, ab Herbst 1986 auch die Grünen, stellten über Jahre hinweg eine Vielzahl von Anfragen zur WAA, brachten Dringlichkeitsanträge ein und versuchten auf parlamentarischem Wege den Baustopp oder zumindest ein Moratorium zu erreichen. Nach der Katastrophe von Tschernobyl brachte die SPD die Interpellation „Bayerns Ausstieg aus der Kernenergie“ ein. Der damalige Fraktionsvorsitzende Karl-Heinz Hiersemann lieferte sich einen heftigen Schlagabtausch mit einer am Atomkurs strikt festhaltenden CSU-Fraktion. 1988 konnte die SPD per Verfassungsklage endlich einen Untersuchungsausschuss zur WAA durchsetzen.



„Wo Unrecht zu Recht wird,
wird Widerstand zur Pflicht.“
(Bertolt Brecht)

Wo Recht zu
Unrecht wird
wird Widerstand
zur Pflicht



| Weihnachtsandacht
am 24. Dezember 1984
am Franziskusmarterl.

In der Region wurden standhafte Bürgermeister, Gemeinderäte, Kreisräte und ein Landrat aktiv, der zum Helden der Oberpfalz aufstieg. Die umliegenden Gemeinden, bis auf das SPD-regierte Wackersdorf selbst, lehnten die WAA mehrheitlich ab. WAA-Gegner mit CSU-Parteibuch befanden sich in einem besonderen Zwiespalt. Auf sie wurde Druck ausgeübt, bis hin zur Androhung des Parteiausschlusses.

Es demonstrierte auch ein junger Anwalt und SPD-Kreisrat aus Schwandorf mit am Bauzaun. Mein Fraktionskollege Franz Schindler, Vorsitzender der Oberpfälzer SPD und seit 1990 Mitglied des Landtages. Heute ist er Vorsitzender des Ausschusses für Recht und Verfassung im Bayerischen Landtag. Dass ausgerechnet er – der einst als Chaot verächtlich gemachte Widerständler am Bauzaun – eines der herausragenden parlamentarischen Ämter innehat, über Fraktions- und Parteigrenzen hinweg hoch angesehen ist und gar von politischen Mitbewerbern als „Mr. Rechtsstaat“

respektiert wird, das ist ein durchaus genugtuendes Momentum der Geschichte.

Doch nicht alle Sozialdemokraten fanden sich in den Reihen der Anti-AKW-Bewegung wieder. Der Riss, das Für-und-Wider-WAA ging quer durch die Familien und die Parteien, auch durch die SPD. Der damalige Bürgermeister von Wackersdorf war bis zuletzt ein Unterstützer, andere spielten eine herausragende Rolle im Lager des Widerstands. Die Gegner

der Kernenergie waren innerhalb der SPD bereits damals in der Mehrheit. 1986 hat die SPD auf ihrem Bundesparteitag in Nürnberg den Atomausstieg beschlossen. Eine der zentralen Figuren des Widerstands, die hier besonders hervorgehoben werden soll, war ohne Übertreibung Hans Schuierer, der damalige Landrat von Schwandorf. Wie ein Löwe stemmte er sich gegen den Bau der WAA. Er versuchte alles, was in seiner Macht stand, um das unheilvolle Projekt doch noch zu stoppen. Dafür boykottierte er den Bau im Rahmen des rechtlich Möglichen.

Durch seinen unermüdlichen Widerstand war der rote Landrat der CSU stets ein „Dorn im Auge“. Von Strauß als Kommunist beschimpft, wurde er mit Dienstaufsichtsbeschwerden durch die Bayerische Staatsregierung belegt, weil er an einer nicht genehmigten Demonstration im Taxöldener Forst teilgenommen hatte. Sein Landratsamt wurde durch die sogenannte „Lex Schuierer“ entmachtet. Sie war fortan als Genehmigungsbehörde für die WAA nicht mehr zuständig.

„Ich sage immer, die gesamte Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf ist ein einziges Lügenpaket vom Anfang bis zum Ende.“

- Hans Schuierer

Die CSU-Mehrheit im Landtag beschloss das sogenannte „Selbsteintrittsrecht des Staates“. Seitdem können Entscheidungen auch gegen den Willen und die rechtlichen Bedenken des von der Bevölkerung direkt gewählten Landrates durchgezogen werden. Per Dekret wurde ein vom Volk direkt gewählter Landrat entmachtet, weil er sich offen gegen den Kurs der Staatsregierung stellte. Dieses Gesetz ist als „Lex Schuierer“ in die Annalen der bayerischen Verfassungsgeschichte eingegangen. Nach Inkrafttreten der „Lex Schuierer“ im Oktober 1985 erteilte die Regierung der Oberpfalz die wasser- und baurechtliche Genehmigung zum Bau der WAA.

Meine Fraktion unternahm 2012 im Bayerischen Landtag den Versuch, die „Lex Schuierer“, übrigens seit damals nie wieder

umgesetzt, als letztes Relikt der WAA-Zeit abzuschaffen. Doch die schwarz-gelbe Mehrheit lehnte den SPD-Entwurf dazu ab. Hans Schuierer ist auch heute noch die SPD-Symbolfigur des damaligen Widerstands.

Das Aus für die Atomfabrik kam für viele überraschend. Es war ein Vertreter der Atomlobby, der mit seiner Ankündigung das Ende der WAA einläutete. Der Chef von VEBA, Rudolf von Bennigsen-Foerder erklärte im Frühjahr 1989: Alle Brennstäbe, eine Kapazität von 600 Tonnen pro Jahr, aus den AKWs der VEBA sollen in der Anlage im französischen La Hague wiederaufbereitet werden. Erst als sich das widersinnige Projekt für die Atomindustrie nicht mehr rechnete, kam das Aus.

Heute sind wir beim Ausstieg aus der Atomenergie sicher einen deutlichen Schritt weiter, aber immer noch nicht da, wo wir sein wollten. Es ist wertvolle Zeit in Bayern vertan worden, um die Energiewende voranzutreiben. Stattdessen wird sie immer blockiert. Noch im Frühjahr 2011, unmittelbar vor Fukushima, forderte der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer, die Laufzeiten der Atommeiler in Deutschland auf unbegrenzte Zeit zu verlängern.

Die Länderöffnungsklausel für die sogenannte 10H-Regelung bei der Windkraft ist ein Fehler. Sie soll ausschließlich in Bayern Anwendung finden, die anderen 15 Bundesländer werden davon keinen Gebrauch machen. In den Anhörungen im Deutschen Bundestag haben alle Experten deutlich gemacht, dass dies ein großer Blockadenonsens ist. Die Seehofer'sche „10H-Regel“ nimmt dieser bedeutsamen erneuerbaren Energie regelrecht die Luft zum Atmen. Nur auf 0,05 Prozent der Fläche Bayerns können neue Windräder gebaut werden, also praktisch keine mehr. Damit verhindert die CSU auch ein Konjunkturprogramm für den ländlichen Raum, der seine Energie doch zumindest in großen Teilen selbst herstellen könnte, am besten in Bürgergenossenschaften. Dann bliebe auch das Geld in der Region.

Auch in anderen Bereichen macht die Staatsregierung hartnäckig ihre Hausaufgaben nicht.

Aber: Wir bleiben dran!



Altlandrat Hans Schuierer, SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher, WAA-Veteran und SPD-Rechtspolitiker Franz Schindler am Franziskusmarterl am 30. Mai 2014.

„AUS DER WUT WURDE ABER NICHT OHNMACHT, SONDERN KAMPF“

Franz Schindler, MdL
Verfassungs- und rechtspolitischer
Sprecher der BayernSPD-Landtagsfraktion

Rede vom 30. Mai 2014 anlässlich der
Gedenkveranstaltung „25 Jahre Baustopp
WAA“ in Schwandorf

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Chaoten,

Franz Josef Strauß würde im Grab rotieren, wenn er wüsste, dass wir für die heutige Veranstaltung vom Haus der Bayerischen Geschichte Original-Transparente der Bürgerinitiativen gegen die WAA ausgeliehen haben, weil sie dort als Dokumente der bayerischen Geschichte eingelagert sind.

Der jetzige Ministerpräsident spielt mit dem Instrument der Volksbefragung, um zu demonstrieren, dass er eine permanente Koalition mit dem Volk eingehen möchte. Vor 30 Jahren hätte sich der damalige Ministerpräsident sicher nicht getraut, eine Volksbefragung zum Thema WAA durchzuführen, weil das Ergebnis eindeutig gegen die WAA gewesen wäre.

Gut, dass der Kampf gegen die WAA schon Geschichte ist und dass es schon eine ganze Generation gibt, die davon nur aus Erzählungen weiß. Umso wichtiger ist es, Geschichtsklitterungen gar nicht erst aufkommen zu lassen und den jungen Leuten, die heute Magister-, Diplom- und Doktorarbeiten über den Widerstand gegen die WAA Wackersdorf schreiben, klarzumachen, dass es ohne den

jahrelangen Kampf gegen die WAA heute keine 4.000 Arbeitsplätze in Wackersdorf und kein Oberpfälzer Seenland gäbe, sondern ein riesiges Sperrgebiet mitten in der Oberpfalz.

Schade, dass nach dem Aus für die Maxhütte und die BBI (Bayerische Braunkohlen Industrie AG) erst der Umweg über eine WAA gegangen werden musste, bevor Arbeitsplätze neu geschaffen worden sind.

Schade auch, dass viele von den damaligen Mitstreitern heute nicht mehr dabei sein können. Aus der großen Zahl fallen mir spontan Menschen ein wie Mariele Müller, die die heute gezeigten Transparente geschrieben hat; Michael Meier, dem Grundstücke in unmittelbarer Nähe des WAA-Geländes gehört haben und der sich nicht hat kaufen



| Demonstrant am
Maschinencamp an
Pfingsten 1986.



lassen, sondern bis zum Schluss als Kläger gegen die WAA aufgetreten ist; der Chemieprofessor Dr. Armin Weiß, Ute Kirch aus Nabburg, der Solarpapst und Mitglied des Bundestages Hermann Scheer, Dr. Walter Angebrand, Dr. Uwe Dams und Toni Seitz, von denen jede und jeder an ihrer und seiner Stelle wichtig für den gemeinsamen Erfolg war.

Die wenigsten der Zigtausenden von Oberpfälzern, die von 1981 bis 1989 gegen den Bau einer atomaren WAA gekämpft haben, waren Anfang der 80er-Jahre des letzten Jahrhunderts schon überzeugte Atomkraftgegner, und die meisten hatten die Vorgänge um die gescheiterte Errichtung einer WAA in Gorleben nur aus der Ferne und in der Tagesschau mitverfolgt.

Es musste also erst einiges passieren, bis aus kreuzbraven Leuten, von denen einige Anhänger der CSU, andere Anhänger der SPD oder der Grünen, die meisten aber parteipolitisch ungebunden waren, leidenschaftliche Kämpfer gegen die Errichtung einer atomaren WAA in Wackersdorf geworden sind.

Die erste Skepsis trat auf, als die Staatsregierung Gerüchte, dass nach dem Aus für eine WAA in Gorleben bei uns in der Bodewöhrer Senke ein Standort für eine WAA gesucht werde, dementiert hat (Dezember 1980, Umweltminister Dick: „Wiederaufarbeitung im Raum Schwandorf-Wackersdorf ist abwegig“).

Die Skepsis wurde zum Schock, als derselbe Minister im September 1981 auf Anfrage des damaligen Abgeordneten Dietmar Zierer eingeräumt hat, dass die Staatsregierung auch Wackersdorf als möglichen Standort für eine WAA vorschlagen werde.

Die erste Wut kam auf, als immer deutlicher wurde, dass die Staatsregierung den Landkreis Schwandorf gerade deshalb als Standort für eine WAA vorgesehen hatte, weil dort die Not der Menschen nach dem Aus für die BBI und der Stilllegung der Maxhütte am größten schien.

Aus der Wut wurde aber nicht Ohnmacht, sondern Kampf

Es begann der Kampf um die Köpfe: Die Atomindustrie überschüttete den Landkreis und die gesamte Oberpfalz mit bunt



| Der Polizeihubschrauber Edelweiß 2 löscht ein Feuer auf dem Gelände vor dem Bauzaun. Am 07. September 1986 verunglückte er bei der Verfolgung von Demonstranten bei einer Kollision mit einem Schienenbus der Deutschen Bahn auf der Bahnstrecke Schwandorf-Cham. Ein Mensch stirbt.



| Publikum beim Anti-WAAhnsinns-festivals am 15. August 1986.

bebilderten Hochglanzprospekten über die Vorzüge einer WAA, transportierte jeden, der wollte, per Flugzeug nach La Hague und versuchte, ganze Zeitungsredaktionen für sich einzunehmen. Herzlichen Dank deshalb unseren Lokalzeitungen in Schwandorf und den damaligen Chefredakteuren Hans Kalischek von der „Mittelbayerischen Zeitung“ und Wolfgang Houschka vom „Neuen Tag“, dass sie das Ansinnen der DWK (Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen) sofort zurückgewiesen und vom ersten bis zum letzten Tag äußerst korrekt und damit kritisch berichtet haben.

Parallel dazu formierten sich überall Bürgerinitiativen gegen die WAA, zuerst in Schwandorf, dann im Städtedreieck. Bei dieser Gelegenheit ist mir übrigens zum ersten Mal ein damals junger Studienrat namens Volker Liedtke aufgefallen, der dann nach dem Aus für die WAA Bürgermeister in Burglengenfeld und dann als Nachfolger von Hans Schuierer Landrat geworden und seit ein paar Tagen auch schon „Altlandrat“ ist.

Es wurden Informationsveranstaltungen, zunächst sogar zusammen mit Befürwortern organisiert, Flugblätter gedruckt, Trans-

parente gemalt, der juristische Widerstand organisiert und Anwälte beauftragt.

An dieser Stelle ganz herzlichen Dank auch an Claus Bößenecker, der als juristischer Staatsbeamter am Landratsamt Schwandorf unheimlich viel geleistet und dafür gesorgt hat, dass die Rechte der Nachbarn und der Gemeinden in den vielen Genehmigungsverfahren gewahrt und erste Demos organisiert wurden.

Je mehr sich die Menschen informiert hatten, desto mehr lehnten sie den Bau einer WAA ab

Die Staatsregierung machte Druck auf die Genehmigungsverfahren und verstärkte die Staatsanwaltschaft in Amberg und erweiterte vorsorglich das Amtsgericht in Schwandorf. Die CSU im Landtag verabschiedete eine „Lex Schuierer“ und die DWK ließ 400 Hektar Wald roden und planieren und mit einem meterhohen Stahlzaun umwehren. Diese Staatsregierung leistete jegliche erdenkliche



| Protest gegen das Vermummungsverbot am Zaun des Maschinenlagers am 08. Februar 1986.



Bürgerkriegsähnliche Zustände am Pfingstdienstag 1986. In der Luft ein Hubschrauber vom Typ Puma, von dem aus die CS-Gas-Granaten abgesetzt wurden.

Unterstützung, ließ Hüttendörfer räumen, hat junge Polizeianwärter missbraucht und vorsätzlich gegen die WAA-Gegner aufgehetzt, hat WAA-Gegner denunziert, eingeschüchtert und kriminalisiert, ließ Tausende von WAA-Gegnern von der Polizei abtransportieren und erkennungsdienstlich behandeln, hat V-Leute in die Kreise der WAA-Gegner eingeschleust (siehe Verfassungsschutzbericht 1986) und die Polizei mit Wasserwerfern und CN- und CS-Gas ausgerüstet.

Dennoch, es hat nichts geholfen: An Ostern 1986 beteiligten sich 100.000 Menschen an einer Demo gegen die WAA. Erstmals setzte die Polizei hierbei in der BRD CS- und CN-Gas ein. Es war schlimm, kilometerlang unter tieffliegenden Polizeihubschraubern zum Kundgebungsort ziehen und mit erleben zu müssen, dass Wasserwerfer nicht differenzieren können und wollen und dass auch die friedlichsten Demonstranten einem CS-Gas-Nebel ausgesetzt worden sind.

**„Der Widerstand war es,
der damals diese Wiederaufbereitungsanlage
verhindert hat, nicht die Finanzen.“**

- Hans Schuierer

Und dann passierte Ende April 1986 auch noch die Katastrophe in Tschernobyl, mitten an einem warmen und sonnigen Wochenende, während wir dabei waren, ein kleines Musikfestival am Murner See zu organisieren.

Die Stimmung in der Bevölkerung und in den Bürgerinitiativen schwankte zwischen Angst, Resignation und großer Wut. Viele hatten Angst, überhaupt noch aus dem Haus zu gehen, weil ein Gutteil der Radioaktivität aus Tschernobyl auch bei uns niedergegangen war.

Es hat sich niemand wundern müssen, dass es dann an Pfingsten 1986 zur Eskalation gekommen ist. Es herrschte Bürgerkrieg mit Toten und Verletzten. Und dann das legendäre Anti-WAAhn-

sinnfestival im Juli 1986 in Burglengenfeld mit 600 Musikern und 100.000 Teilnehmern, Einreisesperren für österreichische WAA-Gegner, Blockadeaktionen, Verhaftungen und Ermittlungsverfahren gegen 4.000 WAA-Gegner, wobei ca. 2.000 WAA-Gegner zum Teil zu drakonischen Strafen wegen passiven Widerstands verurteilt worden sind. Genügend Staatsanwälte und Richter waren ja schon vorsorglich bereitgestellt worden.

Der Widerstand wurde stärker

Aber es half alles nichts, im Gegenteil: Der Widerstand wurde stärker und noch bunter, immer mehr Künstler beteiligten sich mit unterschiedlichsten Aktionen am Widerstand. Herzlichen Dank an dieser Stelle an Klaus Caspers, der in der Kunstszene viel für unsere Sache getan hat.

„Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht!“

- Bertolt Brecht

Der juristische Kampf ging unvermindert weiter: 881.000 Einwendungen sind gegen den Bau der WAA gesammelt worden. So viele wie noch in keinem Verfahren vorher und die Hälfte der Einwendungen kamen aus Österreich. Herzlichen Dank deshalb an dieser Stelle unseren Mitstreitern aus Österreich, insbesondere aus Salzburg.

Die Staatsregierung und die DWK hinterließen bei dem wochenlangen Erörterungstermin in Neunburg vorm Wald einen kläglichen Eindruck. Dennoch

sind Teilgenehmigungen erteilt und riesige Bauten auf dem WAA-Gelände errichtet worden, bis Ende Mai 1989 schließlich Schluss war mit dem Spuk: Der Widerstand war erfolgreich.

„Widerstand“ ist ein großes Wort, es gibt aber kein passenderes, weil die Aktionen gegen die WAA mehr waren als der übliche Protest von „Wutbürgern“. Es war ein jahrelanger Kampf unter höchstem persönlichem Einsatz, weil die Staatsregierung von Anfang an nicht nur auf Verdummung, Desinformation und Einschüchterung, sondern auch auf das Mittel der Polizeigewalt gesetzt hatte. Der Widerstand war erfolgreich, weil es gelungen ist, unterschiedlichste Menschen mit unterschiedlichsten Motiven für den Widerstand zusammenzuschließen.

Da gab es die Einheimischen, die sich für dumm verkauft fühlten und Angst um ihre Heimat hatten: Ich nenne für alle anderen Irmgard Gietl, die zur Ikone des Widerstands geworden ist, und Dieter Kersting, den ersten Vorsitzenden der Schwandorfer Bürgerinitiative.

Da gab es die Natur- und Umweltschützer, die sich Sorgen um die Umwelt und die Nachwelt machten, die religiös Motivierten, die die Atomenergie und die WAA als wider die göttliche Schöpfung betrachteten.

Zu nennen sind hier u.a. die Pfarrer Leo Feichtmeier, Richard Salzl und auch Dr. Hans Hubert; die Romantiker, die jegliche Großtechnologie ablehnten und den Wald retten wollten; die politisch Engagierten, die grundsätzlich gegen Atomenergie und den Atomstaat kämpften; und die sogenannten Autonomen, die nicht nur die WAA, sondern auch den Staat bekämpfen wollten.

Ich sage ganz bewusst, dass auch die sogenannten Autonomen, im Übrigen ganz normale Menschen, zum gemeinsamen Erfolg beigetragen haben.

Und es gab die eine Symbolfigur, die alles zusammengehalten hat, ohne zu kommandieren: unseren Landrat Hans Schuierer.

Der jahrelange Widerstand gegen die WAA war kein Zuckerschlecken und kein Sonntagsspaziergang. Es gab unzählige Verletzte, ja sogar Tote zu beklagen, er hat zu erbitterten Streitigkeiten zwischen Nachbarn und sogar in Familien geführt, ließ aus Freundschaften Feindschaften werden, hat nicht wenige zum Verzweifeln an sich und diesem Staat gebracht und die Menschen misstrauisch gemacht.

Und er hat die „Fratze“ des von Robert Jungk und Klaus Traube schon viel früher beschriebenen Atomstaats vorgeführt, die Gefahr, dass ein demokratischer Staat wegen der Notwendigkeit, atomare Anlagen wegen ihrer Gefährlichkeit und wegen der Ablehnung durch die Bevölkerung bewachen und sichern zu müssen, sich in einen autoritären Polizeistaat verwandelt. Dieser Albtraum ist in Wackersdorf Wirklichkeit geworden.

Der Widerstand war erfolgreich und er war nachhaltig

Ohne den Widerstand stünde heute in Wackersdorf eine atomare Anlage, kein Industriegebiet mit Tausenden von Arbeitsplätzen. Es wäre unmöglich gewesen, zu Zeiten der rot-grünen Bundesregierung den Ausstieg aus der Atomenergie und den Einstieg in die erneuerbaren Energien zu organisieren.

Wir haben nicht erst Tschernobyl oder gar Fukushima gebraucht, um zu verstehen, dass Atomenergie für die Umwelt, für den Rechtsstaat und für die Demokratie schädlich ist. Dass diese Erkenntnis heute Allgemeingut ist, ist auch das Verdienst der vielen Menschen, die hier gegen die WAA gekämpft haben.

Darauf können Sie, könnt Ihr, können wir stolz sein. Wir dürfen uns aber nicht ausruhen, Vorsicht ist weiterhin angebracht, insbesondere vor den vielen Wendehälsen, die nach Fukushima plötzlich zu uns übergefallen sind.

SPD
gsfraktion



DAS LEHRSTÜCK WAA. HANS SCHUIERER ERINNERT AN DAS „AUS“

von Hans-Peter Kastenhuber

Artikel aus den „Nürnberger Nachrichten“
vom 13.06.2009

SCHWANDORF — Hier sitzt jemand, der mit sich im Reinen ist. Vom Kaffeetisch auf der Terrasse aus blickt Hans Schuierer auf ein paar Hundert Quadratmeter gepflegtes Gartengrün. In Reichweite neben seinem Stuhl liegt das Fernglas. Vor allem in den Morgenstunden kommen aus dem angrenzenden Waldstück alle möglichen Vögel zu Besuch. „Manchmal ist sogar ein Pirol dabei“, erzählt Schuierer.

Und ein zufriedenes Lächeln hellt das gebräunte Gesicht des unverschämt jung wirkenden Altlandrats auf.

Nichts erinnert in diesem Moment an jenen Schwandorfer Landrat Hans Schuierer, der sich zum Leidwesen der deutschen Atomindustrie und der Staatsregierung in den 1980er-Jahren als einer der härtesten Knochen in der an solchen Typen ohnehin reichen Oberpfalz erwies. Ihn hatten weder die Bosse der Energiekonzerne noch der damals in Bayern regierende Franz Josef Strauß auf der Rechnung, als sie im Taxöldener Forst bei Wackersdorf eine riesige Fabrik zur Wiederaufarbeitung abgebrannter Brennstäbe bauen wollten. Acht Jahre dauerte

die Auseinandersetzung um die WAA, die von beiden Seiten teilweise als Schlacht geführt wurde. Dass am Ende Industrie und Politik den Kürzeren zogen, dafür sorgte die stetig wachsende Zahl friedlicher Gegner des Projekts. Die Galiensfigur des Widerstands hieß Hans Schuierer.

Geheimtreffen im Hotel

Die Rolle hatte sich dem gelernten Maurer, der als 25-Jähriger nach dem Vorbild des Vaters für die SPD in die Kommunalpolitik eingestiegen war, nicht aufgedrängt. „Ich hatte zunächst keine Ahnung von Atomenergie“, gesteht er offen ein. 1979 waren erste vage Gerüchte um eine Atomanlage in der Oberpfalz aufgetaucht.



| Hans Schuierer, umrahmt von seiner Frau und seiner Tochter, nach der Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen ihn am 18. April 1989 in Regensburg. Rechts sein Anwalt Albert Schmid, später SPD-Landtagsfraktionschef.



| Stehende Ovationen für Hans Schuierer bei der Gedenkveranstaltung „25 Jahre Baustopp WAA“ am 30. Mai 2014 in Schwandorf.

Irgendwann 1981 lädt Umweltminister Alfred Dick den Landrat zu einem Treffen in ein Regensburger Hotel. „Streng vertraulich“ wird Schuierer in die WAA-Pläne eingeweiht. „Er hat mir das in den schönsten Farben dargestellt und von 3.600 sauberen Arbeitsplätzen gesprochen. Ich war begeistert.“

Lange hält die Euphorie nicht an. Der Landrat informiert sich. Er liest, spricht mit Wissenschaftlern und teilt bald nicht mehr die Meinung von Franz Josef Strauß, wonach so eine WAA „nicht gefährlicher als eine Fahrradspeichenfabrik“ sei. Misstrauisch wird Schuierer vor allem, als er merkt, „dass die uns nicht die Wahrheit erzählen“. Auf Plänen der „sauberen Fabrik“ entdeckt er einen fast 200 Meter hohen Kamin. Als er die Vertreter der Betreiberfirma DWK fragt, wozu der gebraucht werde, sagt man ihm, „dass durch den die radioaktiven Schadstoffe gleichmäßiger verteilt werden sollen“.

Schuierer nimmt den Kampf gegen die WAA auf. Er unterstützt die Bürgerinitiative vor Ort, tritt als Redner bei Protestveranstaltungen auf – und er stellt sich als Chef der Genehmigungsbehörde quer. Das trägt ihm unter anderem ein Disziplinarverfahren und dem Freistaat eine „Lex Schuierer“ ein. Genervt vom widerspenstigen Schwandorfer Landrat verabschiedet die Landtags-CSU ein Gesetz,



| Hans Schuierer beim Treffen mit den österreichischen Atomkraftgegnern im Juni 1986 in Altenschwand. Rechts Heinz Stockinger, Salzburger Anti-Atom-Aktivist der ersten Stunde.

| Hans Schuierer beim Treffen mit den österreichischen Atomkraftgegnern im Juni 1986 in Altenschwand.



das dem Staat über den Kopf eines Landrats hinweg bei Genehmigungsverfahren ein „Selbsteintrittsrecht“ sichert. Es gilt heute noch.

„Eine schwere Zeit“, erinnert sich Schuierer. Viel Druck hat er damals auszuhalten. Gerne würde ihm die Staatsregierung eine Verletzung seiner Amtspflichten nachweisen. Und wenn der „WAA-Rebell“ am Abend quer durch die Republik reist und Vorträge hält, weiß er stets Kripobeamte oder Staatsschützer im Saal, die jedes Wort von ihm festhalten. Schuierer erlebt am eigenen Leib, was der Zukunftsforscher Robert Jungk 1977 in seinem Buch „Der

Atomstaat“ prophezeit hatte: dass sich Politik und Wirtschaft im Ringen um „technischen Fortschritt“ plötzlich gegen die eigene Bevölkerung stellen.

„Wie Totschläger“

Am martialischen Bauzaun, draußen im Taxöldener Forst, zeigt sich diese Gegnerschaft von ihrer hässlichsten Seite. Bei Demonstrationen, an denen oft mehrere Zigtausend Menschen teilnehmen, kommt es zu blutigen Szenen. „Natürlich“, sagt Hans Schuierer, „waren da auch Autonome dabei, denen es nur um Krawall ging.“ Aber der Ex-Landrat macht

auch der Polizeiführung schwere Vorwürfe. „Da wurde das in der Genfer Konvention geächtete CS-Gas gegen Demonstranten eingesetzt, und Beamte eines Sondereinsatzkommandos aus Berlin führten sich wie Totschläger auf.“

Je härter sich die Staatsmacht in Wackersdorf aber zeigte, desto mehr Menschen schlossen sich der Parole an, die in der Oberpfalz bald jeden Heuschöber zierte: „WAA nie!“ Als vor 20 Jahren überraschend vermeldet wurde, dass die Atomwirtschaft ihr Milliardenprojekt stoppen wolle, wussten die übergelücklichen WAA-Gegner, wo der Triumph zu feiern war. Vor

dem Bauzaun trafen sie sich, sangen „Großer Gott, wir loben dich“, und sogar der knorrige Hans Schuierer wagte ein Freudentänzchen.

„Die Geschichte der WAA“, sagt der Pensionist heute, „ist ein Lehrstück.“ In den Schulbüchern müsse sie deshalb erzählt werden. Junge Leute könnten daraus lernen, „dass es nicht stimmt, wenn man immer sagt: Daran kannst eh nix ändern.“ Am Ende hat in Wackersdorf nämlich der kleine Mann gesiegt.

| Ansprache anlässlich des 75-jährigen Bestehens des Bund Naturschutz am Franziskusmarterl 1988. Links der BN-Vorsitzende Hubert Weinzierl.



„Man kann was erreichen.“

- Hans Schuierer

| Hans Schuierer und der Vorsitzende des Bund Naturschutz Hubert Weinzierl am 14. Juni 1986 bei einer gemeinsamen Demonstration mit dem Bund Naturschutz Vorarlberg in Altenschwand.

„MIR SAN DIE CHAOTEN“ – DER WIDERSTAND IN WACKERSDORF

Eine Chronologie des Widerstandes gegen die Wiederaufarbeitungsanlage in der Oberpfalz bis zu dem gestern von der DWK verkündeten Baustopp – von Bernd Siegler

Artikel aus der „taz“ vom 31.05.1989

„Warum muaß a grad i in der vordersten Reih stehn? Hintn möcht i stehn, ganz weit hintn, so weit hintn, daß mi koaner sieht, mittendrin im Wald. Jetzt muaß i mir des ois oschaugn aus nächster Näh. Unbeweglich schauns aus und trotzdem schiabn sie sich unaufhaltsam vor mit ihre Schilder und Knüppeln ...“ (Konstantin Wecker)

Seit dem 04.02.1985 war klar, dass sie sich in Wackersdorf unaufhaltsam vorschieben werden – Rodungsarbeiter, Baufahrzeuge und Sondereinsatzkommandos. Zu diesem Zeitpunkt fällte die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) ihre Standortentscheidung zugunsten von Wackersdorf, dem 3.500 Einwohner zählenden Ort am Rande des Taxöldener Forsts, drei Kilometer von Schwandorf entfernt. Die Oberpfälzer reagierten schon zwei Wochen später mit einer Großdemonstration, an der sich 40.000 Menschen beteiligten. Sie waren auf den Schritt der WAA-Betreiber gut vorbereitet.

Schon seit Jahren war ihre Region als Standort für das teuerste Industrieprojekt in der

Geschichte dieser Republik im Gespräch gewesen. Schon am 9. Oktober 1981 wurde die Bürgerinitiative gegen die WAA in Schwandorf gegründet. Fast alle umliegenden Gemeinden entschieden sich bereits 1982 im Rahmen des von der DWK beantragten Raumordnungsverfahrens gegen die WAA. Nur das SPD-regierte Wackersdorf nicht. Dort war nach der Schließung der örtlichen Braunkohleindustrie die Arbeitslosigkeit auf über 20 Prozent geklettert. Doch an Wackersdorf als möglichen WAA-Standort dachte damals noch niemand. Gutachter hielten diesen Standort für absolut ungeeignet, denn eine Wiederaufarbeitungsanlage sollte nicht gerade auf dem größten Trinkwasserreservoir der Oberpfalz, der sogenannten „Bodenwöhler Senke“, errichtet werden.



| Ehemals als „Chaoten“ geschmähte Widerständlerinnen bei der Gedenkveranstaltung „25 Jahre Baustopp WAA“ am 30. Mai 2014 in Schwandorf.



| „Kinderfest“ im zweiten Hüttendorf im Januar 1986.

Obwohl schon am 27. März 1982 anlässlich des Raumordnungsverfahrens 15.000 Menschen gegen die WAA demonstriert hatten, argumentiert Bayerns Ministerpräsident Franz Josef Strauß beim Gerangel um den WAA-Standort mit der vermeintlich größeren Akzeptanz einer WAA in der Oberpfalz. Doch die Bayerische Staatsregierung sollte sich mit ihrer Einschätzung von der Oberpfalz als einer ruhigen Provinz gründlich täuschen.

Am 07. Februar 1984 beginnt in Neunburg vorm Wald der erste Erörterungstermin

zur Behandlung der 53.017 Einwendungen gegen die erste Teilerrichtungsgenehmigung. Schon nach drei Tagen ziehen die WAA-GegnerInnen unter Protest aus dem Saal aus. Daraufhin erteilt das Umweltministerium am 24. September 1985 die erste Teilerrichtungsgenehmigung (TEG), die schließlich am 02. April 1987 vom Bayerischen Verwaltungsgerichtshof aufgehoben wird.

Im Sommer 1984 beginnen die regelmäßigen Sonntagsspaziergänge gegen die WAA. Um

die Kompetenzen des Schwandorfer Landrats Hans Schuierer, eines erklärten WAA-Gegners, zu beschneiden, verabschiedet der Landtag das Gesetz über das sogenannte „Selbsteintrittsrecht“, die „Lex Schuierer“ genannt wird. In Zukunft kann die Behörde wichtige Entscheidungen über den Kopf des Landrats anordnen.

Am 12. Oktober 1985 endet die Demonstration von 50.000 WAA-GegnerInnen in München in blutigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und DemonstrantInnen. Im Stadtteil Haidhausen werden 200 Menschen festgenommen. Später sollte es sich herausstellen, dass die Krawalle von Zivilbeamten provoziert

bedienen konnten. Zur Großdemonstration zwei Tage später am 14. Dezember 1985 ziehen 40.000 nach Wackersdorf. Schikanöse Kontrollen und lange Fußmärsche können den Zug zum Baugelände und die Besetzung des Bauplatzes nicht verhindern. Das erste Hüttendorf im Taxöldener Forst entsteht. Am nächsten Tag knallen die Sektkorken. Die Devise des Bayerischen Innenministeriums, dass kein Platz oder Haus im Freistaat länger als 24 Stunden besetzt sein sollte, ist damit durchbrochen. Etwa 1.000 WAA-GegnerInnen übernachteten bei klirrendem Frost im Hüttendorf, tagsüber halten sich 4.000 Menschen im Wald auf. Am 16. Dezember 1985

„Wackersdorf muss ein Lehrbeispiel sein, was in einer Demokratie niemals vorkommen darf. Und dafür müssen wir auch in Zukunft sorgen.“

- Hans Schuierer

worden waren. Der Versuch, am Beispiel Haidhausens den Widerstand zu diskreditieren und zu spalten, schlägt jedoch fehl.

Der VGH in München gibt am 10. Dezember 1985 den Weg für die Rodungsarbeiten frei. Im Eilverfahren schmettert er die von Anliegern des WAA-Baugeländes beantragte einstweilige Anordnung gegen den Bebauungsplan ab. Schon einen Tag später fällt um 10.35 Uhr der erste von einer halben Million Bäumen dem WAAhnsinnprojekt zum Opfer. Vor Ort hatten bereits die ganze Nacht hindurch in eisiger Kälte WAA-GegnerInnen auf die Rodungsarbeiter gewartet, die nur unter massivem Polizeischutz ihre Sägen

räumt ein Großaufgebot von 3.700 Polizisten und Bundesgrenzschützern das Hüttendorf. 869 WAA-GegnerInnen werden vorübergehend festgenommen. Schon am 21. Dezember 1985 stehen die ersten Hütten wieder. Bei Minusgraden in Eis und Schnee feiern die WAA-GegnerInnen im zweiten Hüttendorf Weihnachten und Silvester. Oberpfälzer Bürger versorgen die BesetzerInnen mit Lebensmitteln, vermitteln Wasch- und Duschgelegenheiten, richten Pendeldienste ein. Nach einer Anordnung des Innenministeriums wird das zweite Hüttendorf am 07. Januar 1986 geräumt und dem Erdboden gleichgemacht.

Die eingesetzten BGS-Beamten sind mit Maschinenpistolen ausgerüstet, die Anti-Terror-Truppe GSG 9 steht bereit, kommt jedoch nicht zum Einsatz. 762 auswärtige PlatzbesetzerInnen werden vorläufig festgenommen, die einheimischen lässt man laufen, um die Polizeistatistik im Sinne der „angereisten Chaoten“ manipulieren zu können. Mit diesen Polizeiaktionen ist die weitere Eskalation vorprogrammiert.

Nach einem bunten Faschingstreiben im Wald, an dem sich 6.000 WAA-GegnerInnen am 06. Februar 1986 beteiligen, muss ein Demonstrant mit einer Schädel- und Halswirbelprellung mit dem Helikopter ins Krankenhaus geflogen werden. Am 12. Februar 1986 entscheidet der Atomsenat des VGH in München erneut gegen einen beantragten Baustopp. Nicht zum letzten Mal resümiert Klägeranwalt Baumann: „Die Rechtsordnung wird ständig der WAA angepasst und nicht umgekehrt.“



2.000 WAA-GegnerInnen kehren am 02. März 1986 betroffen und wütend vom Sonntagsspaziergang zurück. Nach einem Gerangel mit Polizisten stirbt die 61-jährige Erna Sielka aus Wackersdorf noch am WAA-Bauplatz an Herzversagen. Der damalige Oberpfälzer Polizeipräsident Friker beklagt dagegen eine „unheimliche Solidarisierung der Oberpfälzer mit den Auswärtigen“. Schon lange bezeichnen sich die „Einheimischen“ selbst voller Stolz als „Chaoten“.

Noch rechtzeitig vor Ostern – die Friedensbewegung hatte zum Ostermarsch nach Wackersdorf geladen – erschrecken Schlagzeilen wie „Wackersdorf im Visier der RAF“ die Oberpfälzer. Gerhard Boeden, Vizepräsident des Bundeskriminalamtes, bringt den Widerstand gegen die WAA mit der RAF in Verbindung – eine Linie, die sich später vor jeder Großaktion bis heute fortsetzen sollte. Bundesinnenminister Zimmermann verweist auf „Erkenntnisse“, wonach Ostern mit einer Teilnahme von Personen zu rechnen

| Haupteingang des zweiten Hüttendorfs, 06. Januar 1986.

| Der „undurchdringbare“
Bauzaun.

wäre, die „selbst vor einem politischen Mord nicht zurückschrecken“. Noch bevor sich am 31. März 1986 100.000 Menschen zur bisher größten Demonstration gegen die WAA versammelt haben, hat die Polizei ein Zeltlager und mehrere Übernachtungsquartiere abgeräumt. Über Ostern sind 10.000 Beamte und 41 Wasserwerfer aus der ganzen Bundesrepublik im Einsatz. Am Ostermontag um 14.51 Uhr findet in Wackersdorf die bundesdeutsche CS-Gas-Premiere statt. Wenige Stunden später stirbt in unmittelbarer Nähe ein 38-jähriger Ingenieur an einem Asthma-Anfall. Der Münchener Toxikologe Max Dauderer hält einen Zusammenhang mit dem international von der Genfer Konvention geächteten „Kotzgas“ CS für wahrscheinlich. Am nächsten Tag appelliert der Bayerische Rundfunk an die WAA-GegnerInnen, ihre verseuchte Kleidung schleunigst zu waschen und nicht zum Trocknen in geschlossenen Räumen aufzuhängen. Im Oktober 1988 hebt der VGH in München die gegenteilige Entscheidung des Regensburger Verwaltungsgerichts auf, und erklärt den „innerstaatlichen“ CS-Gas-Einsatz für rechtens.

Schon eine Woche nach Ostern betrauern die Einsatzkräfte der Polizei ein Loch in dem endgültigen, als unbezwingbar angekündigten, millionenschweren Sicherheitszaun aus Spezialstahl. Eine Serie von Anschlägen auf Hochspannungsmasten in und um Wackersdorf läutet die nächste Runde ein. Nach dem GAU im sowjetischen Reaktor Tschernobyl am 26. April 1986 verhärten sich die Fronten in der Oberpfalz. An den darauffolgenden beiden Pfingsttagen demonstrieren 50.000 WAA-GegnerInnen. Bereits am Sonntagabend war der Gesamtbestand des Freistaats an CN- und CS-Gas aufgebraucht. CS-Gas-Kartuschen werden aus Hubschraubern direkt in die Menschenmenge abgeworfen, selbst Rot-Kreuz-Fahrzeuge bleiben davon nicht verschont. Über 600 Menschen werden teilweise schwer verletzt. Die DemonstrantInnen reagieren. Ein Mannschaftswagen der Polizei geht in Flammen auf. Danach herrscht Ausnahmezustand in der Region. Polizeikontrollen und Hausdurchsuchungen sind an der Tagesordnung. Das Gebiet um die WAA wird zur demonstrationsfreien Bannmeile erklärt, die Baustelle zur Festung ausgebaut. Trotz dieses Kesseltreibens stehen bereits eine Woche später wieder 10.000 am Zaun.

Am 01. Juni 1986 werden 3.000 Österreicher auf dem Bahnhof in Schwandorf euphorisch begrüßt, der WAA-Widerstand

„Nicht
bitten,
nicht
betteln,
nur mutig
gestritten,
es kämpft
sich nicht
schlecht
für Heimat
und Recht.“

- Hans Schuierer

wird grenzüberschreitend. Trotz Verbots kommen am 07. Juni 1986 30.000 Menschen zum Bauzaun, 700 Österreicher werden von bayerischen Grenzpolizisten die Einreise in den Freistaat verweigert. Zwei Tage vorher wird der bisherige Polizeichef Friker wegen „halbherzigen Vorgehens“ geschasst. Von nun an operiert die Polizei außerhalb des Bauzauns mit im Wald versteckten Sondereinsatzkommandos und Greiftruppen. Der neue Polizeichef Wilhelm Fenzl erlebt seine Feuertaufe beim Anti-WAAhnsinnsfestival in Burglengenfeld am 26./27. Juli 1986. 100.000 kommen in die Oberpfalz und tanzen gegen den WAAhnsinn, obwohl kurz vorher der Einsatz von Distanzwaffen in Bayern

werden am 12. September 1986 fünf vermeintliche Steinewerfer von der Pfingstdemo gesucht.

Bei den Landtagswahlen am 12. Oktober 1986 verliert die CSU in der Oberpfalz zwar zweistellig, muss bayernweit jedoch nur 2,5 Prozent einbüßen. Vier Tage danach starten die ersten Blockadetage in der Oberpfalz. Um die Infrastruktur der WAA zu treffen, werden drei Tage lang Straßen und Firmenzufahrten blockiert. Die Polizei reagiert nervös. In Schwandorf wird eine Demonstration eingekesselt, in Burglengenfeld fahren Wasserwerfer auf dem Marktplatz auf, in Ponholz wird eine Terroristenfahndung inszeniert. Insgesamt werden 505 WAA-GegnerInnen festgenommen.

„Jeden Tag, wenn ich die Zeitung aufgemacht habe, war von Chaoten, von Rechtsbrechern, von Terroristen die Rede. ‚Steigbügelhalter‘ bin ich einmal genannt worden, Steigbügelhalter des Kommunismus [...].“

- Hans Schuierer

genehmigt worden war. Die Polizei, mit insgesamt 6.000 Mann vor Ort, kontrolliert vor, während und nach dem Festival 30.000 Autos und durchsucht 74.000 Festivalteilnehmer. Noch bevor Franz-Josef Strauß am 29. September 1986 bei seinem stark bewachten Wahlkampfauftritt im Schwandorfer Stadion vieldeutig ankündigt „Auf uns könnt ihr Oberpfälzer euch verlassen“, reiben sich die Oberpfälzer bei ihrem freitagabendlichen „Aktenzeichen XY“-Vergnügen erstaunt die Augen. Mit Belohnungen von jeweils 10.000 DM

Zum ersten Mal seit ihrem Bestehen wird die für November in Regensburg geplante Bundeskonferenz der Anti-AKW-Initiativen (Buko) verboten. Trotz einer Treibjagd quer durch die Oberpfalz fällt sie den Beschluss, auch die nächste Konferenz in Bayern abhalten zu wollen. Während der bayerische Innenstaatssekretär Gauweiler Weihnachten zusammen mit 1.000 Beamten in einem Zelt auf dem Bauplatz verbringt und 2.000 frische Weißwürste spendiert, ziehen trotz Bannmeile etwa 3.000 WAA-GegnerInnen am



26. Dezember 1986 zum Bauzaun. Polizisten kontern Schneeballwürfe mit Knüppel Einsatz. Am 02. April 1987 hebt der Bayerische VGH die erste Teilerrichtungsgenehmigung auf. Trotzdem wird weitergebaut.

Vereinzelte kommt es bei den Demonstrationen an Ostern und Pfingsten mit jeweils mehreren Tausend Teilnehmern zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Die Lage bleibt ruhig, die Polizei startet ihre „Gewalt – Nein danke“-Aktion und wird aufgerüstet und personell aufgestockt, die Gerichte ersticken in einer Flut von WAA-Verfahren. Einen Tag vor den zweiten Herbstaktionen entdeckt der bayerische LKA-Präsident eine „klare Linie von den Zielsetzungen der RAF unmittelbar zum militanten Widerstand gegen die WAA“. Trotzdem ist die Beteiligung an den Aktionstagen

vom 08. bis 11. Oktober 1987 groß. Die Polizei versucht, die Kommunikationsstrukturen des Widerstands lahmzulegen und räumt jeweils die Abendplena zum Teil mit brutaler Gewalt ab. Am 10. Oktober 1987 schließlich ziehen trotz Verbot und Absperrung etwa 35.000 WAA-GegnerInnen nach einer Kundgebung zum Bauzaun. Dort veranstaltet die Polizei, darunter die Berliner Spezialeinheit EbLT (Einsatzgruppe für besondere Lagen und einsatzbezogenes Training), eine wahre Prügelorgie. Alle Verfahren gegen Polizeibeamte werden später klammheimlich eingestellt.

Am 29. Januar 1988 erklärt der VGH in München den WAA-Bebauungsplan für nichtig. Aufgrund von Einzelbaugenehmigungen wird weitergebaut. Stolz stellt am 04. Februar 1988 Innenstaatssekretär Gauweiler

seine neue Polizeitruppe, die sogenannten Unterstützungskommandos (USK) der Presse vor. 10 Tage später erleben 5.000 bunt maskierte WAA-Faschings-DemonstrantInnen den Ersteinsatz der Polizei-Schlägertruppe. Zu dieser Zeit checken Mitarbeiter des Verfassungsschutzes die Meldekartei u.a. der Gemeinde Bruck nach WAA-GegnerInnen durch. Wegen der Herausgabe einer Anti-WAA-Zeitung müssen sich fünf Oberpfälzer seit dem 07. Juni 1988 vor dem Obersten Landesgericht in München wegen des Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung verantworten. Das Verfahren wird eingestellt.

Der Erörterungstermin für die 2. Teilerrichtungsgenehmigung startet am 11. Juli 1988 in Neunburg. 881.000 Einwendungen gegen die WAA liegen vor. An 23 Verhandlungstagen wird 180 Stunden lang erörtert. Um den Flurschaden zu begrenzen, bricht das Umweltministerium den Erörterungstermin am 12. August 1988 abrupt ab. Nur einer von 60 Punkten ist behandelt worden, nur 150 Einwender sind zu Wort gekommen.

„Wir alle haben die Verpflichtung und stehen in der Verantwortung, dass wir das alles, was in Wackersdorf passiert ist, nicht in Vergessenheit geraten lassen.“

- Hans Schuierer

Im Rahmen der dritten Herbstaktion ziehen 50.000 WAA-GegnerInnen am 15. Oktober 1988 zum Bauzaun. Zum ersten Mal seit Pfingsten 1986 ist wieder eine Demonstration zum Zaun genehmigt worden. Die „Latschdemo“ erhält Lob von der Polizei, die Veranstalter sind ebenfalls zufrieden. Auch am 26. Dezember 1988 wird die Demo zum Zaun genehmigt.

Am Faschingssonntag, dem 05. Februar 1989 gehen USK-Einheiten mit brutaler Härte gegen die Träger eines 30 Meter langen Transparents vor. Eine Frau erleidet einen Nasenbeinbruch. Im Rahmen der NATO-Stabsrahmenübung „WINTEX“ wird in der Oberpfalz ein Attentat auf Landrat Schuierer und ein Angriff von Wackersdorfer Bürgern gegen Anti-WAA-DemonstrantInnen durchgespielt.

Am 26. März 1989, dem Ostersonntag, spazieren etwa 5.000 zum Bauzaun, die Lage ist entspannt. Im Eilzugtempo peitscht der Wackersdorfer Gemeinderat am 25. März 1989 zehn Einzelbaugenehmigungen, darunter für das Herzstück der WAA, das Hauptprozessgebäude, durch. Bisher zum letzten Mal spricht Polizeipräsident Fenzl am 03. April 1989 von einer „RAF-Sympathisantenszene“ in der Oberpfalz.

Am 12. April 1989 platzt die „Bombe“: Verhandlungen der VEBA mit der französischen Firma COGEMA über eine Wiederaufarbeitung in La Hague werden bekannt. Zwei Tage später signalisiert das Bayerische Innenministerium die Zustimmung zur Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen Landrat Schuierer.

Die Baueinstellung erfolgt am 30. April 1989.



„Divide et impera“ – das Strategievorbild „Teile und herrsche“ von Niccolò Machiavelli muss wohl Franz Josef Strauß in den 80er-Jahren zur Durchsetzung der Wiederaufbereitungsanlage im oberpfälzischen Wackersdorf als Inspiration gedient haben.

Wackersdorf steht am Ende jedoch für gelungenen Bürgerwiderstand und als Lehrstück, wie politische Führung in einer Demokratie nicht aussehen darf, will sie erfolgreich sein. Strauß setzte auf Desinformation und schließlich auf Eskalation. Die acht Jahre währenden Auseinandersetzungen um Wackersdorf bescherten der politischen Kultur in der Nachkriegszeit unseres Landes Superlative: Der als weltweit größten geplanten Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstäbe stand der zähe Widerstand von engagierten Bürgerinnen und Bürgern entgegen, mit der größten Anzahl von Einsprüchen, die es je in einem rechtsstaatlichen Verfahren in Deutschland gegeben hat und einer Solidarität, die über die deutschen Grenzen hinausreichte. Die traurige Kulmination: ein brutales Vorgehen vonseiten der Polizei und des Grenzschutzes und der erste Einsatz von CN- und CS-Gas gegen Bürgerinnen und Bürger in der Geschichte der Bundesrepublik. Auch wenn die Zustände damit zeitweise als bürgerkriegsähnlich galten, blieben die sich Widersetzenden beim Nein gegen die WAA. Am Ende siegten alle, die eine nachhaltige Zukunft für ihre Heimat wollten und im Mai 1989 gab die DWK (Deutsche Gesellschaft für Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen) das Aus für den weiteren Bau der Anlage bekannt.

„Divide et impera“ war von Machiavelli als Ratschlag zur Steigerung der Macht gemeint. Es entstammte einem seiner Hauptwerke,

„Il Principe“ („Der Fürst“). Es sollte sich jedoch zeigen, dass in einem demokratischen Freistaat Bayern Strategien der Fürstenherrschaft ausgedient hatten.

WAA, der Mythos: Ökonomie versus Sicherheit?

Legendär wurde der Satz von Strauß bei Bekanntgabe der Pläne für die WAA, die Wiederaufbereitung von Kernbrennstäben sei „nicht gefährlicher als eine Fahrradspeichenfabrik“. Die Region um Wackersdorf war durch Braunkohleförderung reich geworden, doch 1982 waren die Gesamtkohlevorräte erschöpft. Die 80er-Jahre wurden eine schwierige Zeit für den Landkreis: Tausende Arbeitsplätze gingen verloren, und die Arbeitslosigkeit in Wackersdorf stieg auf rund 20 Prozent. Befürworter wie Strauß versprachen sich von der Wiederaufbereitungsanlage einen großen Schub für die Wirtschaft in der Region. In der Münchner Staatskanzlei glaubte man deshalb, die „industriegewöhnten Oberpfälzer“ würden den Bau ohne großes Aufbegehren schlucken.

Franz Josef Strauß sollte sich gewaltig täuschen. Bewusst getäuscht hatte er wiederum die Oberpfälzerinnen und Oberpfälzer zu den Risiken der Anlage, denn zu diesem Zeitpunkt war die Wiederaufbereitung als gefährlichster Schritt im Atomkreislauf bereits bekannt.

In der britischen Wiederaufbereitungsanlage Sellafield ereignete sich 1957 der weltweit erste schwere Atomunfall. Radioaktive Ver-

ACHT JAHRE WAA WACKERSDORF: EINE POLITISCHE ZÄSUR

Natascha Kohnen, MdL
Energiepolitische Sprecherin der
BayernSPD-Landtagsfraktion

Ingrid Pflug
Politikwissenschaftlerin



| Protestbanner, aufgehängt bei einer Sonntagsandacht am Franziskusmarterl 1986.

seuchungen waren bis nach Irland nachzuweisen. Seitdem reißen die Schlagzeilen über Pannen in Sellafield nicht ab. Entgegen der Bezeichnung haben Wiederaufbereitungsanlagen nichts mit Recycling zu tun. Im Gegenteil: Verglichen mit Kernkraftwerken geben Wiederaufbereitungsanlagen erheblich größere Mengen radioaktiver Substanzen ab, und die Prozesse finden wegen der erheblich größeren Strahlenbelastung teilweise vollautomatisch hinter meterdicken Betonwänden statt. Aus dem hoch radioaktiven abgebrannten Kernbrennstoff werden in heißer Salpetersäure die wiederverwertbaren Bestandteile Plutonium und Uran herausgelöst, um sie von Neuem zu Kernbrennstoff zu verarbeiten. Übrig bleiben 95 Prozent Uran, 4 Prozent Endmüll und 1 Prozent waffenfähiges Plutonium. Dieses Detail verleiht den WAAs zusätzlichen politischen Sprengstoff.

Der Endmüll ist „hochradioaktiv“, nicht weiter verwendbar und wird in flüssigem Glas eingeschmolzen. Diese Behälter

werden zwischengelagert, in La Hague geschieht dies in belüfteten Schächten, bis geeignete Endlager gefunden werden. Auch das Uran wird zunächst zwischengelagert.

Das Plutonium kann mit Uran zu einem neuen Brennstoff gemischt werden: MOX, kurz für Mischoxid. Wegen des Plutoniumgehaltes sind Gewinnung und Transport von MOX-Brennelementen ein hochbrisantes Kapitel der Atomindustrie.

Auch fast 30 Jahre nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl sind im Oberpfälzer Wald Pilze oder auch Wild noch radioaktiv belastet. Wissenschaftler der Gesellschaft für Strahlenschutz e.V. führen auch eine Reihe von genetischen Schäden auf radioaktive Strahlung zurück: So wurden in Bayern nach Tschernobyl signifikant mehr Kinder mit Lippen-Gaumenspalten und anderen Fehlbildungen wie Spina bifida (offener Rücken) geboren. Rund um die Wiederaufbereitungsanlagen im britischen Sellafield und im französischen La Hague wurde eine deutlich höhere Leukämierate bei Kindern und Jugendlichen nachgewiesen.

Die WAA wäre zudem mitten im größten Trinkwasserreservoir der Oberpfalz, der Bodenwöhrer Senke, gestanden. Es wurden also zusätzlich Fragen zur Grundwasser-Verseuchung aufgeworfen. Im Gegensatz zu den Wiederaufbereitungsanlagen in La Hague und Sellafield liegt Wackersdorf nicht am Meer. Die Entsorgung radioaktiver Stoffe ins Meer ist bereits skandalös genug – in der Oberpfalz wären die Abwässer schlicht in den Fluss Naab geleitet worden und das kontaminierte Wasser wäre von dort zur Donau geflossen.

Dem Sozialdemokraten Hans Schuierer, damals Landrat von Schwandorf, wurden diese gesundheitlichen Gefahren nach eigenen Angaben erstmals richtig bewusst, als ihn die Verantwortlichen der DWK über den Bau eines 200 Meter hohen Abluftkamins informierten. „Auf die Frage, wofür man so einen hohen Turm brauche, hieß es, dass die radioaktiven Schadstoffe so möglichst breit verteilt werden könnten. Da habe ich gedacht, wenn das schon im Normalfall gefährlich ist, um wie viel gefährlicher ist es, wenn ein Ernstfall eintritt. Das war einer der Aspekte, der mich zu einem entschiedenen WAA-Gegner werden ließ.“ (Interview mit der „Mittelbayerischen Zeitung“ vom 20.05.2014)

Die argumentativen Trümpfe der WAA-Befürworter lagen im ökonomischen Gewinn für die Region. Etwa die Gewerbesteuer, die in der damaligen Berichterstattung auf 20 bis 30 Millionen Mark im Jahr geschätzt wurde. („Die Zeit“ 1988)

„Ich glaube, dass damals nicht nur die Gesundheit unserer Menschen und der Natur schlechthin gefährdet waren, sondern es waren auch damals die Demokratie und unser Rechtsstaat gefährdet.“

- Hans Schuierer

Aus heutiger Sicht relativieren sich diese Aussagen stark, denn nach dem Aus für die WAA war Wackersdorf durch den Jahre andauernden medialen Fokus bundesweit bekannt. Das Gelände hatte bereits eine sehr gute Infrastruktur und viele hofften, sich zu günstigen Konditionen niederlassen zu können. In heutigen Interviews erinnert sich Rudolf Reger, der Experte für Wirtschaftsförderung beim Landratsamt Schwandorf: Über 100 Anfragen erreichten den Ansiedlungsexperten bereits in den Tagen nach dem Aus („Mittelbayerische Zeitung“ vom 20.05.2014). Ausgerechnet für den Landstrich, für den sich in den Jahren zuvor kein einziges Unternehmen erwärmen konnte, außer der Atomindustrie. Allein der Automobilhersteller BMW sicherte sich 50 Hektar Gelände. Der Innovationspark Wackersdorf entstand – heute arbeiten dort über 2.000 Menschen, die Arbeitslosenquote in der Region beträgt nur wenig über drei Prozent. Die Gemein-

de Wackersdorf gehört jetzt zu den reichen Kommunen in Bayern. Im Haushalt 2013 wurde ein Gewerbesteueraufkommen von 16,8 Millionen Euro verbucht. Der Internetauftritt des Innovationsparks Wackersdorf wirbt explizit mit der hohen

Lebensqualität in der Region: „Die Oberpfalz ist aber nicht nur ein leistungsfähiger Wirtschaftsstandort, die Region bietet darüber hinaus unzählige Möglichkeiten zur aktiven Freizeitgestaltung. Das sportive Angebot reicht von spritzigen Wasserskirunden im Oberpfälzer Seenland, Tauchen, spannenden Kanutouren auf Naab und Regen über Mountainbiking und Trekking, Klettern in den Jurakalkwänden des Laabertales bis hin zum Langlaufen und Skifahren im Bayerischen und Oberpfälzer Wald. Außerdem laden zahlreiche romantische Burgen, eine reizvolle Landschaft und viel beachtete Festspiele ein.“

Der Tourismus als Wirtschaftszweig wäre mit einer Wiederaufbereitungsanlage in der Region undenkbar – heute boomt er. In den 1980er-Jahren konzentrierten sich die Gästeströme vorwiegend auf die Region Schönsee, heute spricht man vom Tourismusgebiet Seenland. Gemeint ist eine Seenlandschaft zwischen Schwandorf und

Wackersdorf, die dadurch entstand, dass man nach dem Ende der Braunkohle zu Beginn der 80er-Jahre die ehemaligen Tagebaugruben mit Wasser füllte.

Doch nicht nur die Touristen wären angesichts der WAA ausgeblieben, auch die Einheimischen wollten weg. 5.000 Menschen waren es schon während der Bauphase. Es liegt nahe, dass sich diese Verödung der Region mit der Fertigstellung der Anlage weiter fortgesetzt hätte. In der Berichterstattung zum Rückblick anlässlich von 25 Jahren seit dem WAA-Aus kommt beispielsweise ein Sternekoch zu Wort: Hubert Obendorfer betreibt das Vier-Sterne-Hotel „Birkenhof“, das er 1997 hoch über Hofenstetten eröffnet hat. „Wer würde schon in einer Gegend Urlaub machen, in der eine Wiederaufbereitungsanlage steht“, wird er zitiert. „Höchstens ein paar Sensationstouristen, die aber gleich wieder abreisen würden.“ Und er beschreibt, wie er seine Pläne für das Hotel bei Bekanntgabe des WAA-Baus verschoben hatte und zunächst ins Ausland ging. „Als klar war, was kommt, war das Thema erst mal durch“, erzählt der mit einem Michelin-Stern ausgezeichnete Koch. Der Triumph des Bürgerwiderstandes ermöglichte also heimatverbundenen Oberpfälzern überhaupt wieder das Zuhause. („Mittelbayerische Zeitung“ vom 20.5.2014: „Drei Buchstaben, zwei Lager, ein Wunder“)

Rückblick: Die zivile Nutzung der Atomkraft als Verheißung der Progressiven

In den 60er-Jahren galt gerade den „kritischen“ Intellektuellen die Kernenergie als fortschrittlich. Auch Ernst Bloch – um 1968 ein Mentor von Rudi Dutschke – schwärmte von den Segnungen der Kernenergie und attackierte die angebliche spätbürgerliche

Technikfeindschaft. Wer sich „progressiv“ und „links“ fühlte, kritisierte die Bundesregierung dafür, dass sie die Energie der Zukunft nicht schnell genug vorantreibe. Die Kerntechnik war bis dahin eine charismatische Zukunftsvision und auf den ersten Blick „sauber“ im Vergleich zur Kohlegewinnung. Die skeptischen Stimmen fand man damals bei erfahrenen Ingenieuren und bei der Spitze von RWE, des mit Abstand größten Stromproduzenten der BRD. In den 50er- und 60er-Jahren hatte RWE am Niederrhein große Braunkohlefelder erschlossen und Kernenergie war somit ein potenzieller Vorteil der Konkurrenz. (Joachim Radkau, Die Ära der Ökologie – die Anti-Atomkraftbewegung; Bonn 2011, S. 209ff)

Deutschland wurde später die kritische Haltung zur Atomkraft aus Gründen der Romantik und der deutschen Ängstlichkeit unterstellt – der Begriff „German angst“ wird bis heute mit der deutschen Anti-Atomkraftbewegung verbunden. Aber die Tradition der Vorsicht findet man genauso bei den Technikern beziehungsweise Ingenieuren selbst, wie auch bei den Technikgegnern. „Atomkraft“, das bundesdeutsche Standardwerk der 50er-Jahre über den Reaktorbau, stammt von Friedrich Münzinger, einem deutschen Kraftwerksbauer, der auch bei AEG den Kesselbau auf eine wissenschaftliche Grundlage stellte. Sein Werk ist voll von Warnungen vor den Risiken der Kerntechnik. Er bezeichnete die atomare Euphorie der 50er stellenweise sogar als „Atomkraft-Psychose“ und „Verheißungen“, dass „die Atomkraft das Los des kleinen Mannes bald in unerhörter Weise erleichtern werde“, wertete er als „durch Sachkenntnis nicht getrübbte Flunkereien“. Als erfahrener Bauleiter von Großkraftwerken war ihm bewusst, dass es dort Risikodimensionen gab,

welche die Physiker in ihren Labors mangels Erfahrung nicht einberechneten. Er war der Meinung, dass die Kenntnis des Risikos zur Kompetenz des Ingenieurs gehöre und diesen vor dem Laien dadurch auszeichne. (Radkau, Die Ära der Ökologie, S. 223f)

Nicht von Anfang an war die Anti-AKW-Bewegung Bestandteil oder gar Katalysator einer breiteren Umweltbewegung – schon einfach deshalb, weil es zeitaufwendig war, sich in die Details der Kerntechnik einzuarbeiten. Als die Kernkraft jedoch Realität wurde, wurden auch die Gefährdungen für die Menschen konkret.

Die deutsche Anti-Atomkraftbewegung ist zweifellos international die erfolgreichste. Allerdings zählte sie nicht zur Avantgarde der Bürgerbewegungen in dieser Hinsicht. Viel früher dran war

z.B. die amerikanische Anti-AKW-Bewegung in den 60er-Jahren. In den 70ern waren in den USA die großen Auseinandersetzungen bereits abgeebbt. Dies lag allerdings schlicht daran, dass unter der Präsidentschaft von Jimmy Carter de facto keine neuen Kraftwerke mehr gebaut wurden. Hauptgrund waren die hohen Kosten und die Gefahr, dass sich durch die Wiederaufbereitung atomwaffenfähiges Plutonium verbreiten könnte. (Unter der Präsidentschaft von Jimmy Carter wandte sich die US-Regierung gegen schnelle Brüter und WAAs, um das Nuklearwaffenmonopol der Atomkräfte aufrechtzuerhalten).

Die erste europäische Großdemo gegen ein geplantes Kernkraftwerk fand in Frankreich statt, am 12. April 1971 im elsässischen Fessenheim; danach folgte eine große Demo an der Rhone. Aber

| Die Ostseite des Baugeländes. Der Bauzaun wurde mit einem Trockengraben versehen, damit er nicht untergraben werden konnte.



„Wir haben Jahre geopfert, um gegen diese Anlage zu kämpfen. Zum Schutze unserer Heimat, zum Schutze unserer Natur, aber auch, um unseren Kindern und Enkelkindern eine gute Zukunft zu sichern.“

- Hans Schuierer

im Ergebnis war die Opposition in Frankreich weniger erfolgreich: Frankreich ist einerseits dünner besiedelt, es verfügte über weitaus geringere Kohlevorräte und sah in der Kernkraft die große Chance, den Industrieländern Großbritannien und Deutschland Konkurrenz zu machen. Zum Dritten war Frankreich Atommacht. Von daher stand der Nukleartechnik ein ganz anderer organisatorischer Apparat zur Verfügung, mit dem sich die Deutsche Atomkommission nicht vergleichen konnte. Und nicht zuletzt war der französische Zentralismus entscheidend: Das bundesdeutsche Genehmigungsverfahren hatte mit den lokalen Erörterungsterminen ein dezentrales Element. Damit gab es ein Forum für Kritiker, die sich mit Kernkraftwerken in nächster Nähe auseinandersetzen mussten. (Radkau, Die Ära der Ökologie, S. 209ff)

Mag sein, dass diese Entwicklungen im Ausland die Protagonisten der Staatsregierung in Bayern dazu verführten, die Lage im Freistaat falsch einzuschätzen.

Historische Fehleinschätzung in der politischen Führung

Am 05. November 1978 hatte die Mehrheit der Österreicher in einer Volksabstimmung das Aus der Kernenergie in ihrem Land entschieden. Kurz darauf erreichte 1979 die bundesdeutsche Anti-AKW-Bewegung mit der Demonstration vom 31. März ihren Höhepunkt, als an die 100.000 Kernkraftgegner nach Hannover zogen. Beim Protest gegen die Kernkraftwerke stand am Anfang die Bürgerbewegung, nicht die Politik. Es ging zu Beginn um die technische Sicherheit und die menschliche Gesundheit. Erst später kam beim Kampf gegen die Kerntechnik die Ökologie bei den Argumenten ins Spiel.

Mit den Aussichten auf eine „blühende Landschaft“ dank Atomkraft in der Oberpfalz wollte Franz Josef Strauß jedoch gegen Sicherheitsbedenken immun machen und die wirtschaftlichen Vorteile gegen die Aussicht auf Risiko ausspielen.

Nachträglich stellt sich die große Frage, wie sich jemand mit dem politischen Instinkt eines Franz Josef Strauß so gravierend hinsichtlich der Stimmung und der politischen Überzeugungen der Menschen in der Oberpfalz irren konnte.

Im Unterschied zu fast allen Umweltproblemen, die damals Schlagzeilen machten, ging es um eine unsichtbare Gefahr – das Risiko war für die meisten noch hypothetisch. Der Umgang mit dieser Art Risiken erfordert einen neuen Politikstil: den Bürgerdialog zur Ermittlung dessen, was die Gesellschaft akzeptiert. Dies galt damals für die Atomkraft wie heute für die grüne Gentechnik.

In den vorangehenden Jahrzehnten hatte aber gerade die unsichtbare Dimension der Risiken zur Folge, dass man sie unterschätzte – und die Atomkraft als Energieträger überhöht wurde. Die politischen Lager pro und contra Atomkraft waren nicht in einer Auseinandersetzung „Konservativ gegen Links“ zu identifizieren. Möglicherweise verleitete diese Gemengelage aus den vorangegangenen Jahrzehnten Strauß respektive die CSU dazu, den politischen und sozialen Widerstand in der Oberpfalz falsch einzuschätzen.

Feldzug gegen die „Chaoten“: Die bayerische Eskalationstaktik gegen ihre Bürger

In den 70er-Jahren wurde die Umweltpolitik zu einem internationalen Anliegen und die



| Eine schriftliche Solidaritätsbekundung an die Bewohner des zweiten Hüttendorfs, der „Freien Republik Wackerland“ (26. Dezember 1986 – 07. Januar 1989).

Linksintellektuellen strömten in die Umweltinitiativen hinein. (Der amerikanische Earth Day 1970 oder der Stockholmer Umweltgipfel von 1972 führten zur Umweltpolitik als internationalem Anliegen) Wenn auch die umweltpolitischen Diskurse nicht aus der 68er-Bewegung stammten, der Stil der Auseinandersetzungen mit großen Demos und Platzbesetzungen, bei denen man es auf Zusammenstöße mit der Polizei ankommen ließ, tat es. Als Strauß und Co. die Demonstrierenden in Wackersdorf diffamierten und versuchten, ihnen ein „Chaoten-Image“ zu verpassen, setzten sie wohl auf Ablehnung des 68er-Milieus in der bayerischen Bevölkerung, besonders im ländlichen Bereich. Über Jahre fand die Staatsregierung offenbar auf den

wachsenden Widerstand der Bevölkerung nur zunehmende Repressalien und eine wachsende Spirale staatlicher Gewalt als Antwort. An vielen Stationen hätte sie erkennen können, dass ihr Bild der „Chaoten“ auf der einen Seite und der „Befürworter des technischen und wirtschaftlichen Fortschrittes“ auf der anderen Seite von Anfang an nicht stimmte.

1979 versetzte eine Nachricht aus dem amerikanischen Harrisburg im Bundesstaat Pennsylvania die Welt in Unruhe: Aus dem Kernkraftwerk Three Mile Island wurde ein Unfall im Kühlsystem gemeldet. Zum Zeitpunkt des Vorfalles im März 1979 tagte unter Vorsitz von Carl Friedrich von Weizsäcker das



internationale Symposium von Gorleben. Es endete mit dem Rückzieher der niedersächsischen CDU-Regierung von dem WAA-Projekt in jenem Bundesland. Es galt als politisch nicht durchsetzbar.

Dafür erklärte der bayerische Ministerpräsident Strauß am 03. Dezember 1980 vor dem Landtag die Bereitschaft der Bayerischen Staatsregierung, zu prüfen, ob ein geeigneter Standort für eine Wiederaufarbeitungsanlage in Bayern vorhanden sei. Im Landkreis Schwandorf tauchten erste Gerüchte auf,

wonach in Wackersdorf eine WAA errichtet werden solle.

Am 09. Oktober 1981 gründete sich in Schwandorf die erste Bürgerinitiative gegen das Projekt. Der Widerstand in der Bevölkerung manifestierte sich damit bereits vor Baubeginn. Über 15.000 Teilnehmer protestieren im Folgejahr gegen das Raumordnungsverfahren für die WAA. Im Juni 1982 stimmte der Wackersdorfer Gemeinderat unter bestimmten Auflagen für eine Errichtung im Gemeindegebiet. Man ging jedoch davon aus, dass der Standort ohnehin als ungeeignet

ausscheiden würde: Wer errichtet schon eine derartige Anlage auf dem größten Trinkwasser-Reservoir der Oberpfalz ...?

Der zuständige SPD-Landrat Hans Schuierer weigerte sich, die Pläne für die Anlage zu unterschreiben. Der Bayerische Landtag verabschiedete daraufhin ein Gesetz, das die Rechte der Landräte beschnitt – und als „Lex Schuierer“ in die bayerische Geschichte einging.

Der erste Erörterungstermin mit über 53.000 Einwendungen fand im Februar 1984

in Neunburg vorm Wald statt. Nach drei Tagen verließen die WAA-Gegner unter Protest den Saal. Das Umweltministerium erteilte die erste Teilerrichtungsgenehmigung. Im Sommer 1984 begannen die regelmäßigen Sonntagsspaziergänge gegen die Anlage.

Am 04. Februar 1985 entschied sich die DWK, ein Zusammenschluss der zwölf größten Energieversorger der Bundesrepublik, endgültig für den Standort Wackersdorf.

Einen Tag nach Freigabe der Rodungsarbeiten



| Typisches Szenario am Baugelände: Ein Demonstrant wird festgenommen und zur erkennungsdienstlichen Behandlung abgeführt; Februar 1986.

durch den Verwaltungsgerichtshof in München begonnen am 11. Dezember 1985 die Bauarbeiten für die Anlage, in der nach Fertigstellung 500 Tonnen Atommüll pro Jahr bearbeitet werden sollten. Wenige Tage später zogen knapp 40.000 Menschen zur Großdemonstration nach Wackersdorf.

Die Schwandorfer reagierten auf die Rodung der ersten Waldstücke mit der Errichtung von Hüttendörfern. Etwa 1.000 Menschen übernachteten bei klirrender Kälte, tagsüber hielten sich 4.000 Menschen im Wald auf. Die Devise des Bayerischen Innenministeriums, wonach kein Platz oder Haus im Freistaat länger als 24 Stunden besetzt sein sollte, war durchbrochen. Am 16. Dezember 1985 wurde beim bis dahin größten Polizeieinsatz Bayerns das Gelände von 3.700 Polizei- und Bundesgrenzschutzbeamten geräumt. Hunderte Personen wurden vorübergehend festgenommen. Bereits am 21. Dezember stand das zweite Hüttendorf. Die Bewohner riefen die „Freie Republik Wackerland“ aus. Bei Minusgraden in Eis und Schnee feierten die WAA-Gegner im zweiten Hüttendorf Weihnachten und Silvester. Oberpfälzer Bürgerinnen und Bürger sorgten für Lebensmittel, vermittelten Wasch- und Duschgelegenheiten und richteten Pendeldienste ein.

Am 26. April 1986 sorgten dann Meldungen vom Atom-GAU im sowjetischen Reaktor von Tschernobyl für Angst und Schrecken. Ein breiter Widerstand gegen die WAA entstand. In den Monaten zuvor wurde in Wackersdorf die Eskalationstaktik in brutale Realität umgesetzt:

Die Friedensbewegung hatte zum Ostermarsch nach Wackersdorf geladen – prompt brachte der Vizepräsident des Bundeskriminalamtes den Widerstand gegen die WAA mit der RAF in Verbindung. Bundesinnenminister Zimmermann verwies auf „Erkenntnisse“, wonach Ostern mit einer Teilnahme von Personen zu rechnen wäre, die „selbst vor einem politischen Mord nicht zurückschrecken“ (siehe Rückblick in der „taz“ vom 31.05.1989: „Mir san die Chaoten – Der Widerstand in Wackersdorf“). Als Ostern 100.000 zumeist friedliche Demonstranten zur Baustelle zogen, die von 5.000 Polizisten gesichert wurde, kam es zur grausamen Premiere: Am Ostermontag um 14.51 Uhr wurde in Wackersdorf CS-Gas eingesetzt. Wenige Stunden später starb in unmittelbarer Nähe ein 38-jähriger Ingenieur an einem Asthma-Anfall. Toxikologen hielten einen Zusammenhang mit dem international von der Genfer Konvention geächteten „Kotzgas“ CS für wahrscheinlich.

Am nächsten Tag appellierte der Bayerische Rundfunk an die WAA-Gegner, ihre verseuchte Kleidung rasch zu waschen und nicht zum Trocknen in geschlossenen Räumen aufzuhängen. Im Oktober 1988 hob der Verwaltungsgerichtshof in München die gegenteilige Entscheidung des Regensburger Verwaltungsgerichts auf und erklärte den „innerstaatlichen“ CS-Gas-Einsatz für rechtens. Pfingsten demonstrierten 50.000 Menschen am Bauzaun. Die Gewalt eskalierte: CS-Gas-Kartuschen wurden aus Hubschraubern direkt in die Menschenmenge abgeworfen, selbst Rot-Kreuz-Fahrzeuge blieben davon nicht verschont. Hunderte Menschen wurden teilweise schwer verletzt. Die Demonstranten reagierten und ein Mannschaftswagen der Polizei ging in Flammen auf. Danach herrschte Ausnahmezustand in der Region. Insgesamt kamen zwei Demonstranten und ein Polizist bei den Protesten ums Leben.

„Aber es war ganz wichtig, dass man nicht allein war damals. Dass man auch Verstärkung gehabt hat aus dem kulturellen, aus dem musikalischen Bereich.“

- Hans Schuierer

Polizeikontrollen und Hausdurchsuchungen waren fortan an der Tagesordnung. Das Gebiet um die WAA wurde zur demonstrationsfreien Bannmeile erklärt. Trotzdem standen bereits eine Woche später wieder 10.000 am Zaun. Und der Protest wurde grenzüberschreitend: Am 1. Juni 1986 wurden 3.000 Österreicher auf dem Bahnhof in Schwandorf euphorisch begrüßt. In der Presse finden sich besonders in den Jahren 1985 und 1986 viele individuelle

Stimmen, die Wackersdorf hautnah erleben lassen und Details zu den Geschehnissen in dieser Zeit enthüllen. Es sind Lehrgeschichten zu unserer Demokratie. Beispielsweise in der 15. SPIEGEL-Ausgabe von 1986: Bauern erzählen, wie sie unter Beobachtung stehen, ihre Höfe nach Kernkraftgegnern durchsucht werden und Menschen, denen die Bauern Unterschlupf gewähren, verhaftet werden. Hubschrauber kreisen und filmen: „Selbst wenn du beim Holzschneiden bist, kommt der Hubschrauber, bleibt über dir stehen, dann geht die Tür auf und der filmt, der knipst alles.“ Die Wut der Bauern vor Ort kommt zu Wort: „Ja, haben wir denn schon Russland?“ Oder noch direkter: „Was hier geschieht ist ein Schand für Deutschland, ein Schandstück für den Strauß und den Hillermeier“ (Anm.: der damals zuständige bayerische Innenminister). Es wird geschildert, wie CSU-Mitglieder unter den Bauern aus der Partei austreten

oder manche in den Dörfern überzeugt sind, dass ihnen bei den Suchaktionen auf den Höfen Dinge untergeschoben werden: „...wenn du was im Heu versteckst, findet das ein Fremder nie.“ Wie bei den gesamten Protesten waren die immerwährend kreisenden Hubschrauber, die tieffliegend und filmend Menschen einschüchtern, wie auch das Thema Agent Provocateur ein ständiges Thema. Bei den

Demonstranten stellte sich mit der Zeit der Appell ein „Nicht schießen, Herr Hillermeier, der Chaot könnte ihr V-Mann sein!“.

In einer späteren Ausgabe des SPIEGEL im Jahr 1986 (SPIEGEL Nr. 31, 1986) kommen Mitglieder der Hamburger „Arbeitsgemeinschaft kritischer Polizisten“ zu Wort mit konkreten Forderungen und Strategien, um ein Umdenken bei Polizeieinsätzen im Rahmen von Demonstrationen zu bewirken. Sie appellieren an Beamte, die Zweifel an der Rechtmäßigkeit von Einsätzen gegen Demonstranten haben, diese klar zu zeigen.

Auf der anderen Seite ließ sich der Strauß-Vertraute Alfred Sauter im „Bayernkurier“ dazu hinreißen, gar ein „völliges Demonstrationsverbot“ rund um die westdeutschen Kernkraftanlagen zu fordern.

Eine neue Dimension in der Gewalteskalation boten auf jeden Fall die Einsätze gegen die Demonstranten am Ostermontag 1986. Erstmals wurde beim Wasserwerfereinsatz neben dem Reizstoff CN (Chloracetophenon) auch die verwandte Substanz CS (Chlorbenzylidenmalodinitril) beigemischt. Damit hatten die Amerikaner im Vietnamkrieg – in tödlicher Dosierung – Vietcong-Stellungen angegriffen. Das Mittel war dafür bekannt, dass es zu Verkrampfungen der Lungenmuskulatur führte – und viele Demonstranten trugen neben der konkreten Körperverletzung auch entsprechend psychische Schocks durch die Erfahrung davon. Der Tod des asthmakranken Ingenieurs, der aus Gräfelfing zu den Demonstrationen angereist war, entzündete exakt die Diskussionen zum Gefährdungsgrad von CS, den die Toxikologen schon länger führten, auch in der breiten Öffentlichkeit.

Ein besonders perfides Kapitel bei jenem Polizeieinsatz: Die Wasserkanister, die ehrenamtliche Helfer und Ärzte zur Linderung der

Folgen des Einsatzes von Tränengas besorgt hatten, wurden beschlagnahmt. Hinterlassen wurden Benachrichtigungen wie: „Ihre Sachen wurden vorübergehend sichergestellt und können beim Tor ... abgeholt werden – Ihr Bundesgrenzschutz.“

Über diesen Einsatz kann man im SPIEGEL nachlesen: „Fünf Stunden lang setzten die WAA-Verteidiger 41 Wasserwerfer – Reichweite knapp 70 Meter – auch gegen weit entfernte Zuschauer ein, teilweise waren die Wasserstöße mit chemischen Reizstoffen vermischt. Und zusätzlich prasselten Tränengasgranaten auf die Demonstranten nieder, die panikartig, weil von Geschossen getroffen, die Flucht ergriffen. [...] Dieses Szenarium war nicht das von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) angekündigte ‚neue Schlachtfeld von Chaoten und Linksextremisten‘, sondern ein Schauspiel polizeilicher Machtvollkommenheit und Überreaktion ...“ („Vorzügliches Arrangement“, SPIEGEL Nr. 15 von 1986)

Als politisches Mittel versuchte man auch, mit konkreten Zahlungen die Gemeinden vor Ort zu spalten. Schon während der Bauzeit kassierte Wackersdorf jährlich 900.000 Mark zinslos, Bodenwöhr über 700.000 Mark. Der Wackersdorfer Bürgermeister Josef Ebner überwarf sich sogar mit seiner Familie, weil er die Atomfabrik als für die Region zwingend notwendig hielt – und fühlte sich nach dem WAA-Aus brüskiert. Der Bodenwöhrer Bürgermeister Josef Wiendl wurde zu einem Sprachrohr der DWK und warb für die sichere Atomkraft in Bayern. Er starb noch vor dem Baustopp im Jahr 1988. Auch Altlandrat Schuierer erinnert sich wie viele andere bis heute über die tiefen Gräben in der Gesellschaft. Sie gingen durch Familien,

Vereine zerstritten sich, Stammtische lösten sich auf. Die einen hofften auf sichere Arbeitsplätze, die anderen hatten Angst vor den ungewissen Folgen. Beim gemeinsamen Mittagessen, bei Familienfeiern – die WAA war das ständige Thema. Wäre die WAA fertiggestellt worden, dann wäre diese Zerrissenheit geblieben, ist er überzeugt. „Der Riss wäre sicherlich sogar noch tiefer geworden, wenn die wirtschaftlichen Versprechen der DWK nicht eingetreten wären.“ Denn Schuierer ist sich sicher, dass die Region mit der WAA noch immer von hoher Arbeitslosigkeit geprägt wäre. „Neben einer WAA hätten sich doch keine anderen Betriebe angesiedelt.“ („Mittelbayerische Zeitung“ vom 20.05.2014)

Der lange Atem der Demokratie zahlt sich aus

Der Widerstand der Bürgerinnen und Bürger ging auch in den nächsten Jahren weiter und bekam prominente Unterstützung: Das „5. Anti-WAAhnsinns-Festival“ lockte am 26./27. Juni 1986 rund 100.000 Menschen nach Burglengenfeld. Herbert Grönemeyer, Wolf Maahn, Rio Reiser, BAP, Udo Lindenberg, Die Toten Hosen traten auf. Das Konzert ging als eines der größten Open Airs der Bundesrepublik in die Geschichte ein. Die Dimension der Festivalbesucher war nicht selbstverständlich angesichts der Tatsache, dass kurz zuvor der Einsatz von Distanzwaffen in Bayern genehmigt worden war und die Erfahrung mit polizeilicher Gewalt die Demonstranten ständig begleitet hatte.

Im folgenden Jahr 1987 hob der Bayerische Verwaltungsgerichtshof die erste Teilgenehmigung auf. Der WAA-Bau ging dennoch weiter. Im Januar 1988 erklärte das Gericht den Bebauungsplan des Landratsamtes für nichtig. Aufgrund von Einzelbaugenehmigun-

gen wurde weitergebaut. Der zweite Erörterungstermin im Juli 1988 wurde nach wenigen Stunden abgebrochen.

Bereits im Vorfeld entwickelten Teile des zuständigen Gerichtswesens ein gewisses Bremspotenzial: Der Übergang zu einer breiten Anti-AKW-Bewegung in der Bevölkerung wird am Protest gegen das im Bau befindliche Würgassen an der Oberweser festgemacht. Damals wurde jedoch noch hauptsächlich mit juristischen Mitteln gekämpft. Der Rechtsanwalt Horst Möller bewirkte beim „Würgassen-Urteil“ von 1972, dass das Bundesverwaltungsgericht das bundesdeutsche Atomgesetz als Vorrang der Sicherheit vor der Wirtschaftlichkeit interpretierte. Viele weitere Aspekte, die der Anti-Atomkraftbewegung zur Hilfe kamen, werden in der nachträglichen Analyse aufgeführt: Der bundesdeutsche Föderalismus etwa habe eine wirksame Bonner Pro-Kernenergie-Politik behindert. Oder auch am Beispiel von RWE, die Energiewirtschaft hätte nur latentes Interesse gehabt: RWE habe z.B. aus Konkurrenzgründen den Bau eines großstadtnahen Werkes von BASF hintertrieben. Die Deutsche Atomkommission wird nachträglich als schlecht organisiertes Sammelsurium von Gremien gewertet, die sich aus ehrenamtlichen Mitgliedern zusammensetzte und die Kernenergieentwicklung immer schlechter zu steuern vermochten. (Radkau, Die Ära der Ökologie, S. 209ff)

Als jedoch am 12. Mai 1989 die DWK bekanntgab „Die Erfolgsaussichten für die WAA sind gering“ und am 31. Mai die Motoren der Baustellenmaschinen in Wackersdorf stoppten, wussten die Oberpfälzerinnen und Oberpfäl-

zer, wer diesen Sieg errungen hat.

Der Energiekonzern VEBA (heute E.ON) ließ später verlauten, dass sich die Investition in eine neue Anlage zur Wiederaufbereitung nicht lohnen würde, da in Europa kaum noch neue Atomkraftwerke gebaut würden. Die beiden vorhandenen Anlagen in Frankreich und in Großbritannien seien ausreichend. Der VEBA-Vorstandsvorsitzende Rudolf von Bennigsen-Foerder bewertete das Projekt als „zu langwierig, zu teuer“. Die Umweltminister Töpfer und Faurox machten am 06. Juni

den politischen Weg für die Aufbereitung in La Hague frei und besiegelten so das Ende aller Wiederaufbereitungspläne in Wackersdorf. Trotz des finanziellen Aufwandes, der in die Region gepumpt wurde, dem Misstrauen, der Angst und der Gewalt, die von staatlicher Seite in die Region getragen wurde: Die Menschen in der Oberpfalz wollten schlicht keine atomar verseuchte Heimat. Und sie blieben bei ihrem Nein, jahrelang, so lange und so nachdrücklich es eben nötig war.





EIN WEITER WEG: VOM DESASTER WACKERSDORF BIS ZUR ENERGIEWENDE NACH FUKUSHIMA

Harry Scheuenstuhl, MdL
Umweltpolitischer Sprecher der
BayernSPD-Landtagsfraktion

Franz Josef Strauß wurde gemeinhin ein politisches Gespür unterstellt. Die Geschichte hat jedoch gezeigt, dass in der Energiepolitik dieses angebliche „politische Gespür“ völlig versagt hat.

Zu den Zeiten der Wiederaufbereitungsanlage (WAA) Wackersdorf wurden die demonstrierenden Bürger mit einem „Chaoten-Image“ versehen. Anstatt in sinnvolle Verhandlungen einzutreten, ging die Politik auf Konfrontation mit bürgerkriegsähnlichen Ausmaßen. Die Bevölkerung hat damals durch ihren Protest eine energiepolitisch historische Fehlentwicklung verhindert und die Atomkraft als Energieressource in ihrer Gefährlichkeit richtig eingeschätzt. Bis zum Atomausstieg war es jedoch immer noch ein weiter Weg.

Vier Monate nach dem Tschernobyl-Unglück im Jahr 1986 beschließt die SPD auf ihrem Parteitag in Nürnberg den stufenweisen Ausstieg aus der Kernenergie. Die Position „Eine sichere Energieversorgung ohne Atomkraft“ und eine „Änderung des Atomgesetzes mit dem Ziel der Stilllegung aller Atomkraftwerke“ wurden auf diesem Parteitag beschlossen. Es bedurfte aber noch einiger Jahre und einer rot-grünen Bundesregierung, bis der Atomausstieg am 14. Juni 2000 in einem Koalitionsvertrag fixiert wurde.

Zwei Jahre später wurde der Konsens, die Nutzung der Kernenergie geordnet zu beenden, mit der Novelle des Atomgesetzes umgesetzt. Der vermeintlich endgültige Ausstieg war geschafft. Ausgehend vom Jahr 2000 wurde die Energiewende in einem zeitlich umsetzbaren Rahmen eingeleitet. Im Jahr 2004 wird das erste Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) erfolgreich auf den Weg gebracht, um den nachhaltigen Ener-

gieträgern den Einstieg in den deutschen Energiemarkt zu ermöglichen.

Im September des Jahres 2010 kam dann der „Ausstieg aus dem Ausstieg“ höchst abrupt. Die schwarz-gelbe Bundesregierung beschließt in ihrem „Energiekonzept 2050“, die Laufzeiten der Kernkraftwerke durchschnittlich um zwölf Jahre zu verlängern. Der Ausstieg aus dem Ausstieg war Realität und versetzte der wirtschaftlichen Zukunft der Erneuerbaren-Energien-Branche einen herben Rückschlag. Schließlich führte die Reaktorkatastrophe in Fukushima im Jahr 2011 der Welt auf die schlimmste Art und Weise die Gefährlichkeit der Atomkraft vor Augen. Der aufkommende öffentliche Protest sowie der Druck durch SPD und Grüne veranlasste sowohl die damalige schwarz-gelbe Bundes- als auch die bayerische Landesregierung, ihre Irrfahrt in der Energiepolitik zu beenden und zum Atomausstieg zurückzukehren.

Der Energiemarkt verändert sich

Aus einem staatlichen Monopol ist in den letzten 20 Jahren ein liberalisierter Energiemarkt geworden. Energieerzeuger, Energieversorger und Netzbetreiber wurden zum Großteil in privatwirtschaftliche Hände überführt. Durch diese Liberalisierung und die Europäisierung ist die Energiepolitik zu einem sehr dynamischen und komplexen Politikfeld geworden. Energie ist in der heutigen politischen Landschaft ein Querschnittsthema und hat direkte und indirekte Auswirkungen auf das private Lebensum-



| Greenpeace-Aktivisten dringen am 27. Oktober 1988 in das WAA-Gelände ein und besetzen einen Baukran.

feld der Bevölkerung. Der Energiemarkt ist von einem Markt mit wenig Beteiligten zu einem Markt gewachsen, zu dem jeder Bürger eine persönliche Geschichte erzählen kann. Bürgerbeteiligung ist besonders deshalb zu einem elementaren Bestandteil der Energiepolitik geworden.

Die Energiewende – das größte Infrastrukturprojekt seit der Wiedervereinigung

Die Energiewende ist mehr als eine politische Entscheidung – sie erfordert das Umdenken einer ganzen Generation.

Es ist Ziel der SPD, bis 2050 die Stromproduktion zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien zu bestreiten. Der Dreiklang aus Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien bildet dabei die Grundlage für die dezentrale Energiewende mit der Formel: Energiewende =

Stromwende + Wärmewende + Mobilitätswende

Dieses Vorhaben wird von vielen Sachverständigen als das größte Infrastrukturprojekt Deutschlands nach der Wiedervereinigung bezeichnet. Wir machen uns auf in die Zukunft, um den Beweis anzutreten, dass eine ressourcenschonende Energieversorgung einer Industrienation möglich ist. Das bedeutet die Umstellung der gesamten Energieversorgung von teuren, fossilen und unerschöpfliche erneuerbare Energien.

Die Importe von Primärenergie wie Kohle, Öl und Gas verschlingen jährlich ca. 100 Milliarden Euro in Deutschland. Dadurch werden in 10 Jahren ca. 1.000 Milliarden Euro „verbrannt“. Sieht man diese Zahlen, ist klar, dass Investitionen in Netze, erneuerbare Energien oder Speicher als zukunftsfähige Kapitalanlagen bezeichnet werden können (vgl. Gerhardt, Norman et al.: Geschäftsmodell Energiewende. Eine Antwort auf das „Die-Kosten-der-

Energiewende“-Argument; 2013). Generationenübergreifend ist die Energiewende ein lohnendes Geschäftsmodell mit einer volkswirtschaftlichen Rendite von 4-7 Prozent (vgl. Prof. Dr.-Ing. Michael Sterner et al.: Energiewende in Bayern – Technische Potentiale, Netze und Speicher, Flächenverbrauch, Kosten und volkswirtschaftlicher Nutzen; 2014). Unser sozialdemokratisches Verständnis für nachhaltige Politik heißt, diese Herausforderung anzunehmen.

Unterirdische Energiequellen und Ressourcen (z.B. Kohle, Uran, Gas) müssen in eine oberirdische Energieversorgung überführt werden. Die Energieerzeugung und Versorgung wird nun in Form von Windrädern, Solar- oder Biogasanlagen für die Bevölkerung sichtbar und die persönliche Einbindung der Bürgerinnen und Bürger steigt erheblich an. Umso mehr ist die Energiewende ein Gemeinschaftsprojekt, bei dem Bürgerbeteiligung ein elementarer Bestandteil ist. Akzeptanz entsteht durch Information, Aufklärung und Beteiligung. Diese Bürgerbeteiligung wird idealerweise in kleinen Einheiten durchgeführt. Damit kommt den Kommunen eine Schlüsselrolle in der Energiewende zu. Hier entscheidet sich, ob die Energiewende als akzeptiertes Zukunftsprojekt oder als Belastung in der Bevölkerung gesehen wird. Es ist Aufgabe der Landes- und Bundespolitik, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass die Kommunen ein Klima der Akzeptanz für die Energiewende erzeugen können. Dies alles ist in der Theorie leicht erdacht. Leider zeigt die Praxis, dass die Energiepolitik der Staatsregierung in Bayern dieses Klima nicht fördert und es den Kommunen eher erschwert denn erleichtert, die Akzeptanz der Bevölkerung zu erlangen.

Wie ernst sind Atomausstieg und Energiewende gemeint?

Diese Frage wird von Bürgerinnen und Bürgern, in der Presse oder von Sachverständigen immer wieder zu Recht gestellt. Am Anfang steht das Grundproblem der Bayerischen Staatsregierung, dass die Energiewende ein Projekt ist, das die CSU wohl weniger aus Überzeugung als auf Druck der Bevölkerung beschlossen hat. Die Parteitageentscheidung für den Atomausstieg im Mai 2011 in Kloster Andechs war keine einhellige Überzeugungstat. Laut den Medien wurde in sieben Stunden Ausstiegsdiskussion lautstark gestritten.

Bereits hier begann der Kurs des Ministerpräsidenten Seehofer, den man mit der „Fähnchen im Wind“-Politik beschreiben könnte. Dieser Kurs hält besonders in der Energiepolitik bis heute an. Es wurde 2011 in den Zeitungen geschrieben, dass sich in Kloster Andechs in 37 Wortmeldungen 80 Prozent der CSU gegen den Ausstieg äußerten. Nicht verwunderlich – hatte sich die gleiche Partei gerade noch im Herbst 2010 für die Verlängerung der Laufzeiten stark gemacht.

In den Medien wurde kein Hehl daraus gemacht, dass diese Entscheidung weniger eine Überzeugungstat, sondern vielmehr eine populistische Ausrichtung in Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen waren. Der Atomausstieg mit gleichzeitiger Energiewende ist jedoch ein Mammut-Projekt, für das es in der Energiepolitik ambitionierte Überzeugungstäter braucht. Die Wandlung der Regierungspartei vom Saulus zum Paulus in der Energiepolitik wurde im Jahr 2011 scheinbar angegangen:

Es wurde ein Konzept vorgestellt. Das Bayerische Energiekonzept „Energie Innovativ“ wurde am 28. Juni 2011 mit den Stimmen aller Fraktionen im Bayerischen Landtag einstimmig beschlossen. Laut Energiekonzept sollten die Anteile der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch in Bayern im Jahr 2021 wie folgt aussehen:

	Wind	Wasserkraft	Photovoltaik	Biomasse	Geothermie
Soll-Zustand	10 %	17 %	16 %	9 %	1 %
Ist-Zustand 2014	1,6 %	14–15 %	9 %	8 %	0,3 %

(Quellen: Bayerisches Energiekonzept, 2011; Landesamt für Statistik, Stand: 2012)

Energiepolitik ist aufgrund der Komplexität ein Feld, das über Jahrzehnte gedacht werden muss und nicht bis zu den nächsten Wahlen. Die Staatsregierung hat aber unter der Ära Seehofer neben dem „Fähnchen im Wind“-Kurs nun auch das undemokratische Prinzip „Wer am lautesten schreit – der bekommt zuerst“ etabliert. Nur so ist es zu erklären, dass eine kleine Gruppe an solventen Windkraftgegnern in die Lage versetzt wird, ein parlamentarisches, demokratisches Energiekonzept zu kippen, dessen Ziele konsequenter politischer Entscheidungen und rascher Umsetzung bedurft hätten.

Windkraft als Beispiel für ein geringes politisches Gespür der CSU für Bürgerinteressen

Am 20. Dezember 2011 wurde ein Windenergie-Erlass des Bayerischen Umweltministeriums herausgegeben. Die Kommunen, Investoren und Bürger wurden aufgefordert, sich an dem Ausbau der Windenergie in Bayern mit geballter Arbeitskraft, Geld und Zuversicht zu beteiligen.

Bereits innerhalb des Folgejahres 2012 stellte sich jedoch heraus, dass Papier geduldig ist. Willenserklärungen und Konzepte sind schnell geschrieben, jedoch entwickelt sich das Projekt in der Praxis ohne einen Masterplan der Staatsregierung für die Umsetzung der Energiewende unkoordiniert weiter. „Ein Schiff

ohne Steuermann und Ziel kann Riffe schwer umschiffen und läuft Gefahr, zu sinken.“ Dies ist in den Jahren nach Fukushima in Bayern geschehen. Der Bayerischen Staatsregierung fehlen die Daten als Ausgangspunkte der Energiewende und ein Plan, in welcher Form die Energiewende in Bayern umgesetzt werden soll. Nicht verwunderlich – denn gesetzte Ziele werden nicht eingehalten oder im schlimmsten Fall ins komplette Gegenteil verkehrt, wie das Beispiel der Windkraft in Bayern zeigt.

Im August 2013 begann Ministerpräsident Seehofer, die Energiewende zu sabotieren: Er erfand im Landtagswahlkampf die „10H-Regel“. Diese Abstandsregelung schreibt als Mindestabstand zu Wohnsiedlungen die 10-fache Windradhöhe vor. Anlagen neuerer Bauart können bis zu 200 Meter hoch gebaut werden. Rechnet man diese Höhe mal 10 so, dürfen in einem dicht besiedelten Land wie Bayern die Windräder nicht näher als zwei Kilometer an einer Wohnbebauung stehen. Dieser Abstand wurde völlig willkürlich ohne wissenschaftliche Grundlage für Lärm-beinträchtigung, Schattenwurf oder Ähnliches gewählt. Es hätten auch ein Kilometer oder wie bisher 800 Meter sein können.

Das Gesetz zur „10H-Regel“ wurde im Gesetzgebungsverfahren von Verbänden und Sachverständigen auf das Schärfste kritisiert. So sprachen sich in einer Landtagsanhörung elf von zwölf Experten entschieden gegen das Gesetz aus. Ohne Erfolg – am 12. November 2014 wurde die „10H-Regel“ im Bayerischen Landtag gegen den Widerstand der SPD-Landtagsfraktion, vieler Verbände und den übrigen Oppositionsfraktionen mit den Stimmen der CSU-Mehrheitsfraktion verabschiedet. Somit stehen laut Gutachten nur noch 0,05 Prozent der Fläche in Bayern zur Verfügung, um darauf Windräder zu bauen. Praktisch nichts! Damit scheint die Windenergie in Bayern beerdigt.

Wie bereits erwähnt, bewirkt die Energiewende, dass die Energieversorgung an der Oberfläche sichtbar wird. Der unkoordinierte Ausbau der Windkraft durch eine Staatsregierung ohne Masterplan hat zur Folge, dass einige Bürgerinnen und Bürger sehr viele Windkraftanlagen in ihrer Umgebung sehen.

Die Staatsregierung hätte nun knapp vier Jahre Zeit gehabt, diesen Bürgerinnen und Bürgern den positiven Nutzen der Windkraft für die Energieversorgung ihrer Kinder zu erklären. Stattdessen hat sich das Grundproblem aus Kloster Andechs, dass



die Energiewende eben keine Überzeugungstat ist, durchgesetzt. Wer kein Überzeugungstäter ist, neigt eher dazu, Dinge schlechtzureden, als die Herausforderung im positiven Sinne anzunehmen. Heute wird von der Staatsregierung behauptet, eine kleine Gruppe Windkraftgegner spräche für das bayerische Volk. Laut dem Umfrageinstitut TNS Infratest schätzt die bayerische Bevölkerung einige Themen in Zeiten der Energiewende aber deutlich anders ein. Die Studie von TNS Infratest aus dem Jahr 2012 bringt klare Ergebnisse:

- Gegen die Rücknahme des Atomausstiegs und den Weiterbetrieb der Atomkraftwerke über das Jahr 2022 hinaus sprechen sich bis zu 67 Prozent der bayerischen Bevölkerung aus.
- Für den verstärkten Ausbau der Windkraft in Bayern an verschiedenen Standorten sind 76 Prozent der Befragten und interessanterweise 77 Prozent der befragten CSU-Wähler.
- 68 Prozent der Befragten in Bayern und 66 Prozent der befragten CSU-Wähler in Bayern sind der Meinung, dass der Bau von Windkraftanlagen für das Gelingen der Energiewende und damit für den Atomausstieg von zentraler Bedeutung ist. Sie sind außerdem der Meinung, dass eine mögliche Beeinträchtigung des Landschaftsbildes deswegen in Kauf genommen werden muss.

Wie damals in Wackersdorf manövriert sich die Bayerische Staatsregierung auch heute in eine folgenschwere politische Fehleinschätzung. Diese führt heute in umgekehrter Form dazu, dass Widerstand herbeigeredet wird. Dabei beginnen wir erst heute – 25 Jahre später – die Atompolitik aus den Zeiten von Wackersdorf zu spüren. Billige Energie brachte mittelfristig einen Aufschwung auf Pump. Welchen Preis wir und unsere Kinder für diesen Aufschwung noch zu zahlen haben, kann die heutige Generation erst erahnen. Der französische Rechnungshof hat im Februar 2012 erstmals Zahlen zu den Kosten der Atomenergie genannt. Demnach sollen in Frankreich seit dem Bau der ersten Atomkraftwerke 228 Milliarden Euro in die Atomenergie geflossen sein. Mit 121 Milliarden Euro macht der Bau der Atommeiler fast die Hälfte aus. In Deutschland und besonders im Atomland Bayern dürften die Kosten anteilig ähnlich aussehen. Der Rückbau von Atomkraftwerken und die Entsorgung bzw. Endlagerung der genutzten Brennstäbe, was nach Schätzung

von Experten noch einmal ein Vielfaches der Baukosten beträgt, sind in der Kalkulation noch gar nicht eingerechnet.

Jeder Ökonom kann sich ausrechnen, dass die Atomenergie teuer ist und vor allem immer teurer wird. Der Umstieg auf erneuerbare Energien ist deshalb kein Wunsch von Ökologie-träumern, sondern basiert auf handfesten ökonomischen Dringlichkeiten.

Investoren müssen aber sichere Rahmenbedingungen vorfinden, damit sie in erneuerbare Energien investieren. Hier wird deutlich, welche fatale Auswirkung eine kleine „10H-Regel“ haben kann. Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Unternehmen haben nach dem „Windenergie-Erlass“ Millionen in die Planung von Windkraftstandorten investiert, die durch die „10H-Regel“ nun verbranntes Geld sind. Das Investitionsklima wird nachhaltig gestört und die Windbranche in Bayern mit 11.900 Beschäftigten in den Bereichen Zulieferer, Projektierer, Hersteller, Planer, Servicebetriebe etc. verliert ihre wirtschaftliche Grundlage.

Eine ganze Branche in Bayern irgendwann wieder aufzubauen, könnte Jahre kosten, denn wie heißt es so schön: „Der Investor ist wie ein scheues Reh, wird er einmal vertrieben, kommt er so schnell nicht wieder.“

Was will die SPD zukünftig in der Energiepolitik?

Wir standen und stehen auch in Zukunft zu unserem klaren Nein zur Atomkraft. In unserer Regierungsverantwortung haben wir den Ausstieg aus der Atomenergie durchgesetzt. Diese Energiewende ist aus ethischen Gründen ebenso richtig wie wirtschaftlich, sozial und ökologisch vernünftig. Energieeffizienz, Verringerung des Energieverbrauchs und erneuerbare Energien sind im Dreiklang die energiepolitische Ausrichtung der SPD in Bayern. Die Energiewende ist für uns mehr als eine reine „Stromwende“, vielmehr muss sie alle Arten der Energie wie Wärme und Energieträger wie Treibstoff in die Planungen und Maßnahmen gleichwertig miteinbeziehen. In der Stromproduktion sollen bis 2050 100 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien bestritten werden. Wir glauben, dass die Energiewende nur in Zusammenarbeit mit Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen und Wirtschaft zu schaffen ist. Unser Ziel ist es zu motivieren, diese große Herausforderung anzunehmen und für die nachfolgenden Generationen eine riesige Chance zu nutzen!

Wir gedenken

Erna Sielka
Alois Sonnleitner
Johann Hirschinger

Die 61-jährige Hausfrau Erna Sielka aus Wackersdorf verlor am 02. März 1986 am Bauzaun ihr Leben.

Am 31. März 1986 starb der 38-jährige Ingenieur Alois Sonnleitner aus Gräfelfing nach einem Asthmaanfall, vermutlich infolge des Tränengas-Einsatzes.

Infolge eines Unfalls am 07. September 1986, als ein Polizeihubschrauber mit einem Schienenfahrzeug kollidierte, erlag der 31-jährige Kriminalhauptmeister Johann Hirschinger seinen schweren Brandverletzungen.

Wir gedenken Erna Sielka, Alois Sonnleitner und Johann Hirschinger in stiller Andacht.

Impressum

Herausgeber:

BayernSPD Landtagsfraktion

Maximilianeum | 81627 München

Tel.: 089 - 4126 2050 | Fax: 089 - 4126 1351

info@bayernspd-landtag.de

V. i. S. d. P. Ulrich Meyer, Pressesprecher der BayernSPD-Landtagsfraktion

Bildnachweis Fotos: Bernd Schweinar, Gerhard Götz,
Bürgerinitiative gegen die WAA

Druck und Bindung: grafik + druck GmbH

Satz & Layout: shot one GmbH

Dezember 2014

25 Jahre Baustopp WAA Wackersdorf

Der Baustopp der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf (WAA) im Mai 1989 war in mehrerlei Hinsicht eine Zäsur für die Bundesrepublik Deutschland. Acht Jahre lang dauerte der zähe Widerstand von Anwohnern, Atomkraftgegnern, Umweltschützern und Demonstranten aus ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen und politischen Lagern. Dem zivilen Ungehorsam der Protestierenden begegnete die Staatsgewalt mit bislang nicht gekannter Brutalität. Es kam erstmals in der Nachkriegszeit zum Einsatz von CS-Gas, mit der „Lex Schuierer“ wurden sogar demokratische Prinzipien außer Kraft gesetzt. Letztlich setzte sich Volkes Wille aber durch, die WAA wurde nicht gebaut. Der Einstieg in den Atomausstieg war geschafft.

Diese Schrift der BayernSPD-Landtagsfraktion zeichnet den damaligen Widerstand nach. Aus Sicht von Beteiligten und Betroffenen, vonseiten der Politik und der Medien. Heute, 25 Jahre nach dem Ende der WAA, ist das Thema Energiewende so aktuell wie eh und je, der Atomausstieg immer noch nicht gänzlich vollzogen.

bayernspd-landtag.de

DER
FREI
STAAT

BAYERISCHE SCHRIFTEN
für soziale Demokratie